5. Jahrg. Nr. 184

Einzelpreis 4000 M.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der illustrierten Monatsbeilage „Sichel und Hammer" und den wöchentlich bezw. 14 tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne" „Die Rote Sichel", „Der Jungprolet", „Die Genossin"

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 2800.— Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 1000 Mk. Kleine Anzeigen per Wort 200 Mk. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4gespalten oder deren Raum im Text 15 000 Mk.

Donnerstag, den 9. August 1923

Bezugspreis: Durch Austräger 22 000 Mk. pro Woche. Durch die Post 20 000 Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages für Monat August. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzerstraße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 810 50. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8687.

Hungerkämpfe im ganzen Reich

Die Ausplünderung

Der Großhandelsindex der „Frankfurter Zeitung" ist im Anfang August auf das 286 248-fache der Vorkriegszeit gestiegen gegen das rund 40 000fache im Juli.

Das bedeutet eine Steigerung von 617 Prozent im Monat Juli. Die ganze ungeheuerliche Ausbeuterung der breiten Massen der Proletarier, Angestellten und Mittelständler ist in diesen wenigen Zahlen verborgen. Die ungeheuerlichen Profite, die die deutschen Kapitalisten in diesem Monat insbesondere gemacht haben, gehen am besten aus einem Vergleich der Dollarsteigerung in einem Monat zur Großhandelspreissteigerung von Stichtag zu Stichtag (3. jeden Monats) hervor.

Es betrug die Steigerung gegen den Vormonat gegen Mitte 1914

der Großhandelspreise	617%	23 624 800%
des Dollarkurses	563%	26 190 500%

Das heißt mit anderen Worten: die Großhandelspreise haben das Goldniveau weit überschritten, sie sind trotz der ungeheuerlichen Devisensteigerungen des Juli dicht an die Weltmarktpreise herangerückt, haben diese bereits zum großen Teil überschritten. Bereits hat die leichte Besserung der Beschäftigung in den einzelnen Industrien ein Ende erreicht, schon lassen allmählich die Auftragsbestände nach, da viele Waren im Ausland bedeutend billiger und besser gekauft werden können.

Die Preise sind ins unermeßliche gestiegen. Mit ihnen die Profite der Kapitalisten.

Wie steht es mit den Löhnen?

Die Löhne sind erst auf das 87 000fache der Vorkriegslöhne gestiegen. Ihre Steigerung beträgt erst den dritten Teil der Steigerung der Großhandelspreise. Um die Differenz wird der Profit des Kapitalisten vergrößert.

Im Ruhrgebiet geht der Kampf weiter

Düsseldorf, 9. August.

Die Lage ist verschärft. Die passive Resistenz und die Streiks in den Berg- und Hüttenbetrieben werden fortgesetzt. Es wurde eine **Betriebsräte-Konferenz** für das gesamte Ruhrgebiet einberufen. Der ganze Streik umfaßt 31 Schachtanlagen. Die kommunistische Presse ist **planmäßig erdrosselt** worden. Die Papierlieferungen werden sabotiert. Die KPD. gibt ein Mitteilungsblatt heraus.

Gestern morgen ist die Belegschaft der Zeche Hibernia (Schacht Hibernia, Wilhelmine Viktoria) in Streik getreten. Die Streikenden verlangen Auszahlung von 20 Millionen Mark.

Teuerungsdemonstrationen

Jena, 9. August.

Die Apoldaer Arbeiterschaft verließ gestern geschlossen die Betriebe und demonstrierte auf dem Marktplatz. Sie verlangte einen Stundenlohn von 300 000 Mk. Die Industriellen bewilligten nach längerem Kampfe diese Forderung. Die Geschäfte sind größtenteils geschlossen und ausverkauft.

Chemnitz, 9. August.

Die Chemnitzer Buchdrucker demonstrierten, die Unternehmer bewilligten eine Wirtschaftsbeihilfe von 3 Millionen Mark. Als Ausgleich für die Streiktage wurde 1 Million bezahlt. Es dürfen keine Maßregelungen vorgenommen werden. Ab 1. August gilt die Klasse des Lohnzuschlages von 25 Prozent. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen.

Englische Soldaten gegen deutsche Arbeiter

Solingen, 9. August.

In Solingen fanden Demonstrationen der Metallarbeiter wegen der wahnsinnigen Teurung statt. Die Arbeiter demonstrierten vor dem Gebäude, wo verhandelt wurde. Der Bürgermeister rief die englische Besatzung um Hilfe an. Die Demonstration wurde durch zwei Abteilungen englischer Soldaten mit aufgepflanzten Bajonetten auseinandergetrieben. Mehrere Arbeiter sind verletzt.

Mit blanker Waffe

Nach einer Meldung des „Vorwärts" aus Danzig haben dort die Hafen- und Holzarbeiter sowie die Arbeiter einiger Metallbetriebe die Arbeit niedergelegt. Die Streikenden fordern Goldlöhne. Nach Schluß der Versammlung der Streikenden versuchte ein Demonstrationszug vor das Regierungsgebäude zu ziehen, wurde jedoch von der Polizei, die mit blanker Waffe gegen die Demonstranten vorging, aufgelöst. Einige Personen wurden verletzt. Heute werden die Gewerkschaften mit den Unternehmern über die Frage der Goldlöhne verhandeln.

Betriebseinstellung bei Blohm & Voß

Hamburg, 8. August.

Die Werft Blohm u. Voß stellte heute den Betrieb ein und entließ sämtliche Arbeiter. Als Grund wird von der Werft angegeben, daß sich die Belegschaft an fremdem Schiffseigentum und am Eigentum der Betriebsbeamten vergriffen habe. Außerdem wird auf kommunistische Umtriebe (!!) hingewiesen.

Urabstimmung der Berliner Buchdrucker

Die Funktionärversammlung der Berliner Buchdrucker und Hilfsarbeiter beschloß gestern, heute in den Betrieben eine Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung eines im Reichsarbeitsministerium getroffenen Lohnabkommens vorzunehmen. Die Versammlung beschloß ferner als Lohn für die nächste Lohnwoche 20 Goldmark zu fordern. Die Stimmzettel bei der Urabstimmung werden auf Arbeit oder Streik lauten.

Der sächsische Bergarbeiterkampf geht weiter

Eine Abstimmung der Streikenden im Lugau-Oelsnitzer Revier ergab 15 000 Stimmen für den Streik und 6000 Stimmen dagegen. Der Kampf wird weitergeführt.

Die Schwindelindexlöhne für Bergarbeiter Laut „Vorwärts" wurden gestern nachmittag zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden im Stein- und Braunkohlenrevier eine Vereinbarung unterzeichnet, welche die Kaufkraft der Bergarbeiterlöhne sichern soll. Es soll allmonatlich ein Normaltariflohn vereinbart werden, der wöchentlich durch einen Zuschlag entsprechend der prozentualen Aenderung der Reichsindexziffer erhöht werden soll.

Die Belegschaft der Fürstensteiner-Gruben gegen den Wucher

Die Belegschaften der Fürstensteiner Gruben sandten am 3. August an den sozialdemokratischen Landrat Schütz ein Schreiben, in dem auf die unerträgliche Teuerung und die damit verbundene Lebensmittelknappheit im Waldenburger Revier hingewiesen wird. Der Betriebsausschuß der genannten Belegschaften machte den Landrat Schütz ausdrücklich auf den Ernst der Situation aufmerksam und wies darauf hin, daß die Betriebsräte bei weiterer Untätigkeit der Behörden jede Verantwortung für Ausschreitungen usw. ablehnen müssen.

Der Hunger — das beste Geschäft

Industrie, Handel und Banken haben sich bereiterklärt, der Reichsbank gegen Dollarschatzanweisung 50 Millionen Goldmark in Devisen zur Verfügung zu stellen. Das Geld soll die Reichsregierung zum Einkauf von Fett und anderen Lebensmitteln verwenden.

Es mutet sonderbar an, daß jetzt, nachdem der Dollar auf 6 Millionen Mark steht, Industrie, Handel und Banken der Reichsbank Devisen zur Verfügung stellen können. Nachdem es dem Industrie- und Handelskapital gelungen ist, durch seine Sabotage die Devisenverordnung zu Fall zu bringen, sind die Herren bereit, ein „Opfer" zu bringen. Dieses Opfer bedeutet für die Konsumenten, die zum Einkauf nur über Papiermark verfügen, eine riesige Ausplünderung.

Dollar 5 Millionen

Verfassungsfeier mit Bumbum und Tara!

Mit Bumbum und Tara feiert die Sozialdemokratie den Geburtstag ihrer Republik mit Ausnahmeverordnungen und Sondergerichten gegen das Proletariat. Ein rauschendes Fest soll's werden — für die sozialdemokratischen Würdenträger der Republik und für die Stinnesleute als Nutznießer dieser Republik. Die Masse des Volkes aber kann vor Hunger nicht still stehen. In endlosen Schlangen warten die Frauen der Proletarier vor den Läden, um ein Häppchen Fett zu ergattern. Der Magen knurrt. Aber man muß zufrieden sein, denn die Glocken bimmeln ja ein Festgeläut. Die Posaunen blasen und Herr Ebert macht große Auffahrt. **Pomp** und Staat — das Pfund Butter kostet 700 000 Mark. Festmusik — Proletarierkinder haben kein Hemd anzuziehen, Festgelage — Arbeiterkinder verhungern in den Armen der Mütter. Peinigender Schmerz in den Gedärmen treibt Proletarier auf die Straße. Die Ebertrepublik spendet blaue Bohnen und Säbelhiebe.

Die Arbeiter hungern, nicht minder hungern die Angehörigen der freien Berufe, Gelehrte, Wissenschaftler, Künstler, nicht minder hungern Mittelständler, die das Raubsystem des Schwerkapitals auf die unterste Stufe des sozialen Lebens hinabgeschleudert hat. Trotzdem:

Hurra! Hurra! Die Ebert-Stinnes-republik feiert Geburtstag!

Der Tod ist grinsender Zuschauer. Er sieht die majestätischen Gestalten der Arbeiterführer in einer Front mit den rücksichtslosesten Kapitalshyänen und die Ebertrepublik mit Stinnesdiktatur stößt sie ins Grab. Es lacht der Tod, die Ebertiner scharwenzeln und die Stinnesse jubilieren — Geburtstag der demokratischen Republik.

Kartoffelmangel!

Die ehemalige Bauernkost, die Kartoffelspeise, ist ein rarer Leckerbissen geworden. Nichts kann mehr die trostlosen Ernährungsverhältnisse der großen Masse der Bevölkerung charakterisieren, als diese Tatsache. Gerade die Kartoffelversorgung zeigt den ganzen Widersinn der kapitalistischen Wirtschaft, zeigt aber auch die Notwendigkeit des Kampfes um eine Arbeiter- und Bauernregierung, die imstande ist, hier Aenderung zu schaffen.

Die letztjährige Kartoffelernte war außerordentlich gut. 42 Millionen Tonnen Kartoffeln wurden geerntet. Damit war das beste Kartoffelernteergebnis der Vorkriegszeit beinahe erreicht und die Ernte des Jahres 1921 um 16 Millionen Tonnen überschritten. Trotzdem war schon im letzten Herbst starke Kartoffelnot. Die großagrarische Presse leiert stupid tagtäglich ihren Vers: „der Wagenmangel ist schuld am Kartoffelmangel" herunter. Die Regierung begnügte sich damit, durch das Reichsverkehrsministerium die großagrarischen Behauptungen zu dementieren. Die Kartoffeln wurden inzwischen eingemietet, ein Teil erfror, faulte und wurde trotz „Wagenmangel" in Brauereien geliefert. Die in die Städte gelangten, geringen Kartoffelbestände waren größtenteils vom Klein- und Mittelbauerntum.

Den ganzen Winter, wie auch im Frühjahr d. Js. war vom Kartoffelsegen immer noch nichts bemerkbar. Erst konnten wegen Kälte, dann wegen Feuchtigkeit die Mieten nicht geöffnet werden. Zum Teil war auch Poincare schuld an der schlechten Kartoffellieferung. Inzwischen erreichten die Gutsbesitzer, in deren Händen sich größtenteils die Schnapsbrauereien direkt oder indirekt befinden, daß ihnen die Regierung zum Dank für das tapfere Aushalten gegen Poincare das Recht der Verwendung von Kartoffeln zum Brauen von Schnaps erweiterte. Was bisher heimlich unheimlich betrieben wurde, konnte nun legal geschehen. Außerdem bewilligte die Regierung die Ausfuhr von „Saatkartoffeln". Gegenüber der Arbeiter- und Angestelltenschaft, gegenüber dem hungernden Mittelstand wurde erklärt: „Infolge der guten Kartoffelernte bedeuten diese Maßnahmen nicht Kartoffelknappheit."

Cuno denkt, — jedoch die Gutsbesitzer lenken. Sie erklären: „Seht die „freie Wirtschaft": für Kartoffeln hat eine gute Ernte zur Folge gehabt, darum sind auch die Kartoffelpreise im Verhältnis zu anderen Produkten viel geringer." Richtig, die Preise waren verhältnismäßig geringer, aber die Gutsbesitzer lieferten nur kleine Quanten ab in die Stadt. Warum? Für die ausgeführten Saatkartoffeln gabs sofort Weltmarktpreise. Die Brauererzeugnisse konnten als wertbeständige Sachwerte aufbewahrt werden, bis zu der vorauszusehenden Steigerung der Preise auf und über Weltmarktspreise. Kartoffelschnaps ist deshalb in Massen zu haben, aber Kartoffeln mangeln. Dann wurden in Anerkennung der Kartoffelsorgen der Junker und Großbauern ihnen noch die Wucherfreiheit für Getreide ab neuer Ernte versprochen. Wagenmangel, Kälte, Feuchtigkeit, Poincare und Cuno sind doch all zu gute Verbündete der Großgrundbesitzer.

Das alte Spiel wie während und nach der Ernte im letzten Jahr, beginnt dieses Jahr aufs erneute. Vor einiger Zeit teilte das Reichsernährungsministerium der Presse mit:

„In 8—14 Tagen wird die regelmäßige Versorgung mit Frühkartoffeln einsetzen und die außerordentlich befriedigende Futtermittelernte wird auch eine Steigerung der Milch- und Fettversorgung bewirken."

Die Prophezeiungen des Ernährungsministerium zeigen sich wieder mal als nicht erfüllt, wenigstens, soweit es die arbeitende Bevölkerung feststellen kann. Wie es im Ernährungsministerium aussieht, wissen wir nicht. Trotz Aufruf des Reichskanzlers zur Lieferung von Frühkartoffeln, trotz der gewundenen — Unterstützung des Aufrufs von Seiten des Landbundes, ist die Belieferung äußerst minimal. „Wagenmangel ist schuld" erklären wieder promt die agrarkapitalistischen Vertreter und — ebenso promt beginnt das Reichsverkehrsministerium mit seiner Dementierlust. Es ist kein Zweifel darüber, daß die Frühkartoffeln zum Zweck der Preistreiberei zurückgehalten werden. Heute schon streichen die Gutsbesitzer einen höheren Goldpreis als vor dem Kriege für Frühkartoffeln ein. Damals wurden der Zentner ca. 4 Mk. bezahlt, also weniger, als ein Dollar. Als der Dollar in den letzten Tagen mit 1,1 Million notiert wurde, bezahlte in Berlin für einen Zentner Kartoffeln ein Preis von 1,5 Millionen Mark, d. h., rund 1½ Dollar verlangt. Dabei ist zu beachten, daß die Frachtkosten noch unter dem Goldpreis der Vorkriegszeit stehen, daß vor allem die Arbeitskräfte weit unter dem Vorkriegsreallohn bezahlt werden.

Wir stellen fest: Ob gute oder schlechte Ernte, für die große Masse der werktätigen Bevölkerung herrscht in der zerfallenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung" nichts als Mangel.

nichts als Hunger, begleitet vom Luxus der großen Wucherer.

In den Abgrund gerissen wird durch das profitgierige Treiben der kapitalistischen Hyänen nicht nur das Proletariat, nicht nur der sogenannte Mittelstand in den Städten, sondern auch das Kleinbauerntum.

Wie kann dem großagrarischem Treiben, das vom Großhandel vervollkommnet wird, in Bezug auf Kartoffelbeschaffung begegnet werden? Die gesamte Ernte der landwirtschaftlichen Großbetriebe muß unter Kontrolle der Landarbeiter beschlagnahmt werden. Nach Abzug der für die Landarbeiterschaft notwendigen Mengen muß der verbleibende Rest der übrigen werktätigen Bevölkerung unter planmäßiger Regelung und Kontrolle des Staates, der Arbeiterkonsumvereine, der Kontrollausschüsse in Stadt und Land, bei Ausschaltung des verteuernden Zwischenhandels vermittelt werden. Die Preise sind festzusetzen durch die Preisausschüsse von Vertretern der Arbeiter, Angestellten und kleinen Bauern. Der Transport ist von Eisenbahnbetriebsräten zu kontrollieren, wie auch die Brennereien den Kontrollorganen der Arbeiterschaft unterstellt werden.

Wird und kann das die Cunoregierung durchführen? Nein! Diese Regierung kann nur — dementieren, und wird, wie die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung, regiert vom Agrar- und Industriekapital. Die gesamte werktätige Bevölkerung in Stadt und Land muß in engem Kampfbündnis die Durchführung der Maßnahmen erzwingen. Das fordert Kampf für die Beseitigung der kapitalistischen Staatsmacht.

Die Zeit der planlosen Demonstrationen infolge des Kartoffelmangels, bezw. Wuchers, muß vorbei sein! Machtvoll muß die arbeitende Bevölkerung allüberall auf den Plan treten und zielbewußt die Vorbedingung für die Beseitigung der allgemeinen Teuerung, des gesamten Wuchers, von dem der Kartoffelwucher nur ein Teil ist, schaffen durch Erkämpfung einer Arbeiterregierung!

Abbau des passiven Widerstandes

Aus Paris wird gemeldet:

Jules Sauerwein verkündet im „Matin", daß die Franzosen und Belgier spätestens Freitag über die notwendigen Maßnahmen zur Ermöglichung des produktiven Ausbaues der Ruhrbesetzung beschließen werden.

Das Interesse der politischen Kreise konzentriert sich augenblicklich auf die französischen Versuche, mit den deutschen Grubenbesitzern und Industriellen im Ruhrgebiet und mit den dortigen Arbeitern wegen der Inbetriebsetzung der Kokereien und Gruben zu einer Einigung zu gelangen. Eine gewisse Ermutigung scheint die Tatsache zu bilden, daß Deutschland in der Frage der Kohlen- und Kokslieferungen an Italien ein gewisses Entgegenkommen gezeigt hat und damit, wie man besonders hervorhebt, ein „erstes Abkommen mit der französisch-belgischen Eisenbahnregie" getroffen hat.

Die „Humanité" vom 3. August bringt einen Bericht ihres Berliner Korrespondenten, der ausführliche Angaben über das Abkommen zwischen Krupp einerseits, de Wendel und Lorraine andererseits enthält.

Die Cuno-Rede

Die gestrige Reichstagsrede des Reichskanzlers Dr. Cuno findet nur in einem Teile der Presse eine kritische Würdigung, während die übrigen Blätter sich damit beschränken, ein Stimmungsbild der gestrigen Reichstagssitzung zu geben und über den Inhalt der Rede des Kanzlers und den Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Hermes zu referieren. Diese Zurückhaltung hat ihre Ursache wohl darin, daß man der Reichstagsdebatte über die Cuno-Rede nicht vorgreifen will. Die außenpolitischen Ausführungen im ersten Teil der Rede finden in keinem Blatt, mit Ausnahme der „Roten Fahne", Widerspruch. Der „Lokalanzeiger" hebt besonders hervor, daß dieser Teil der Kanzlerrede die Zustimmung so ziemlich des ganzen Reichstages fand. Die „Deutsche Tageszeitung" unterstreicht, daß der Kanzler aus der außenpolitischen Entwicklung namentlich der letzten Wochen die Bilanz mit einer Bestätigung gezogen habe: Wir stehen allein und nirgends in Deutschland denkt an eine Kapitulation. (Und Crimmes?) Das „Berliner Tageblatt" schreibt: Der Reichskanzler hat gestern erklärt, daß seine Regierung bereit sein würde, den passiven Widerstand auf Gnade und Ungnade aufzugeben, und das sollte man zu mindestens auch in London verstehen. Er hat gesagt, daß wir uns mit allen Mitteln eiserner Entschlossenheit am Leben erhalten müssen und darf erwarten, daß der deutsche Reichstag das Maß der Entschlossenheit noch verstärken wird.

Die „Vossische Zeitung" begrüßt es, daß sich der Kanzler die Forderung nach Aufhebung

Halbstündige Arbeitsruhe als Protest gegen den Wucher

Breslau, 9. August.

Dem ungeheuren Druck der hungernden Massen nachgebend, haben die Ortsausschüsse des ADGB. und des AfA-Bundes in Breslau beschlossen, eine Protestaktion gegen die von Stunde zu Stunde unhaltbarer werdenden Zustände auf dem Lebensmittelmarkt einzuleiten. Die Aktion soll damit beginnen, daß morgen, am 10. August, die Arbeiter und Angestellten aller Betriebe passive Resistenz dadurch üben, daß sie, im Betriebe bleibend, in der Zeit von 11 bis 11,30 Uhr die Arbeit ruhen lassen. Während dieser Zeit werden die Vertrauensleute des ADGB. und des AfA-Bundes mit den städtischen und staatlichen Behörden verhandeln.

Obwohl uns Kommunisten eine halbstündige Arbeitsruhe bei Verbleiben im Betriebe als ein recht unzulängliches Mittel erscheint, so erwarten wir doch von allen Arbeitern und Angestellten, daß sie die Parole des ADGB. und des AfA-Bundes befolgen und ihr überall Nachdruck verleihen.

Aufgabe unserer Genossen muß es sein, während der halbstündigen Arbeitspause ihre Arbeitsbrüder davon zu überzeugen, daß bei einem Margarinepreise von 1 Million das hungernde Proletariat nicht auf halbem Wege stehen bleiben darf und durch verschärften Druck die Beschlagnahme und Verteilung aller Lebensmittel erzwingen muß.

Wie wir hören, veröffentlicht die „Volkswacht" heute einen Aufruf des ADGB. und des AfA-Bundes. Uns ging die Mitteilung von der morgen beginnenden Aktion erst kurz vor Schluß der Redaktion zu. Wahrscheinlich beabsichtigen die Gewerkschaftsführer damit, eine rechtzeitige Stellungnahme unserer Partei zu der beschlossenen Aktion unmöglich zu machen.

„Sowjetstern und Hakenkreuz"

Der Schwindel der Bankrotteure

Um den völligen Zerfall der VSPD. aufzuhalten und die sozialdemokratische Bankrottpolitik zu verschleiern, greifen die SPD.-Instanzen und der „Vorwärts" zu den gemeinsten Mitteln. Wir haben seine Schwindel-Manöver gegen die KPD., die von der sozialdemokratischen Provinz-Presse meist übernommen werden, des öfteren festgenagelt. Den Gipfel hat aber der „Vorwärts" in seiner gestrigen Abendausgabe erklommen, wo er es fertig bringt, unter den Schreizeilen „Sowjetstern und Hakenkreuz, Kommunistisches Werben um völkische Offiziere", einen angeblichen Arbeitsplan für die Gewinnung von Offizieren, der aus der kommunistischen Zentrale stammen soll, zu veröffentlichen.

Die „Rote Fahne" stellt heute morgen das angebliche Rundschreiben als eine Fälschung von Anfang bis zu Ende fest.

In dem Rundschreiben wird verlangt, mit den höheren Offizieren in Verbindung zu treten, der Ton bei den Besprechungen soll höchst höflich (mit Exzellenz anreden usw.) und liebenswürdig sein. Ueberhaupt möglichst nicht parteiprogrammatisch auftreten, desto mehr persönliche Komplimente, jedoch nicht einschmeichelnd, vollkommen unabhängig und kraftbewußt bleiben. Das Ziel dieser Propaganda soll sein, die Beteiligung einer großen Anzahl rein national eingestellter Militärpersonen im kommenden Bürgerkrieg auf faszistischer Seite zu verhindern. Außerdem käme aber auch die Besetzung militärischer Fachposten in Frage.

Leider hat sich der „Vorwärts" diesen ganzen Blödsinn aus den Fingern gesogen. Das Arbeiten mit gefälschten Dokumenten gegen die KPD. kennzeichnet die SPD.-Führer als elende Bankerotteure, von denen sich das Proletariat eher heute wie morgen lossagen muß.

Faszistischer Aufmarsch

Am 18. und 19. August findet in Gronach (Oberfranken) an der thüringischen Grenze unter dem Protektorat des Herzogs von Coburg ein „Deutscher Tag" statt, der nach einem Aufruf der dortigen national-sozialistischen Ortsgruppe als Demonstration gegen das „rote Thüringen" ausgeboten werden soll. Organisationen der vaterländischen Kampferbände aus ganz Bayern werden an der Kundgebung teilnehmen.

Nach einer Meldung der Nürnberger „Fränkischen Tagespost" kam es am vergangenen Sonntag in Rothhofen, einem Ort zwischen Herbst und Lau, zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Arbeitern und provozierenden Angehörigen der „Reichsflagge". Ein Arbeiter wurde durch Brustschuß getötet, einem anderen ist der rechte Unterschenkel zerschmettert worden. Der 19jährige Täter soll angeblich verhaftet worden sein.

Die „Fränkische Tagespost" läßt in ihrem Kommentar zu dem blutigen Ereignisse alle Hoffnung fahren, daß die Arbeiterschaft von der Regierung Schutz erhält und fordert zur Bildung von Selbstschutzorganisationen auf.

Am letzten Sonntag fand in Neustadt a. d. Aisch eine Fahnenweihe der National-Sozialisten statt, in deren Verlauf der Korrespondent der Wiener Zeitung „Der Abend", der der Versammlung beiwohnte, von Sturmtrupplern überfallen und bestohlen wurde. Er hat nunmehr wegen Diebstahl und Freiheitsberaubung Anzeige in die Staatsanwaltschaft erstattet.

Eine Straßenbahnfahrt in Breslau 20 000 Mark

Von Sonntag, den 12. August an wird der Fahrpreis der städtischen Straßenbahn vorbehaltlich der Genehmigung des Regierungspräsidenten auf 20 000 Mark, der Preis der Achterkarte auf 140 000 Mk. erhöht.

(wahrscheinlich im Banknotendruck?) zu eigen machen wollte. Wenn vielleicht, im Augenblick wenigstens, äußerlich auf außenpolitischem Gebiet zu solcher Aktivität die Zeit noch nicht gekommen sei, so müsse diese Aktivität sich im Innern auf finanz- und wirtschaftspolitischem Gebiete umsomehr betätigen, als wir, die Erfolge, indirekt dazu beitragen. Deutschlands außenpolitische Lage und seine moralische Stellung gegenüber der Welt sehr wesentlich zu beeinflussen. — Die Leipziger Neuesten Nachrichten billigen es, daß der Reichskanzler die Vertrauensfrage stellt, auf Grund eines Programms, daß die innere Politik den Bedürfnissen der äußeren unterordnet.

Provokateure am Werk

Folgendes Schreiben ging einem Kaufmann in Ruhla zu:

An Frau K ....!

Werteste Mitglied der menschlichen Gesellschaft! Da es das Proletariat nun satt hat, sich von Ihnen betrügen zu lassen, will ich Ihnen nur kurz zu wissen tun, daß wir beschlossen haben, Sie in ein besseres Jenseits zu befördern. Ein Testament brauchen Sie nicht zu machen, denn Sie werden kinderlos sterben. Ihre ganze Bude wird in die Luft fliegen. Aktien und Devisen brauchen Sie nicht mehr zu kaufen, es ist zwecklos, Ihre Zeit ist um. Es hat zum Schaden des Volkes schon zu lange gedauert. Ihr Fall ist spätestens in zwei Monaten erledigt. Sollten Sie es nicht glauben, so wird Sie in Kürze ein Vorfall lehren, daß es ernst gemeint ist. Möge Ihnen die Erde leicht werden.

In Vertretung der Arbeiterschaft
die KPD.

Nachtigall ick hör dir locken! Das Mittel ist so plump, daß noch nicht einmal der Kaufmann hineingefallen ist. Der Herr übergab das Schreiben der Ortsgruppe, damit sie sich ein Bild machen könne, wie gegen sie gearbeitet wird! Er hat gemerkt, wo seine Feinde stecken. Seine eigenen Worte gegen uns waren: „Meine Herren, ich weiß, daß sie wichtigeres zu tun haben, als solche Beschlüsse zu fassen".

Wir können dazu erklären, daß auch wir wissen, wo unsere Gegner sitzen. Nicht der Kleinbauer, nicht der kleine Beamte, nicht der kleine Kaufmann ist unser Gegner. Sie alle gehören zu uns, denn sie leiden und darben mit uns. Wir werden aber unsere Gegner und Feinde finden, wenn es Zeit ist. Wir klassenbewußten Arbeiter lehnen es ab, uns mit solchen Schmierfinken auf eine Stufe zu stellen und werden diesen aber bei Gelegenheit gründlich auf die Finger klopfen!

Auch die Pressekosaken provozieren drauflos. Man lese folgende Meldung, die WTB. an ein und demselben Tage verbreitete:

„Nach einer Meldung des „Lokalanzeigers" aus Homburg vor der Höhe kam es dort zu schweren Ausschreitungen der Notstandsarbeiter und Erwerbslosen. Um eine Teuerungszulage zu erzwingen, versuchten sie, in das Rathaus einzudringen und die dort befindliche Hauptkasse zu stürmen. Polizei trieb die Menge mit der blanken Waffe auseinander. Mehrere Personen wurden verletzt."

Und hinterher:

WTB. Frankfurt a. M., 8. August. Die Blättermeldung über Ausschreitungen in Bad Homburg vor der Höhe wird auf Grund von in Homburg eingezogenen Erkundigungen als unzutreffend bezeichnet."

Man fragt sich, wozu war es notwendig, daß die gesamte deutsche Presse, einschließlich der sozialdemokratischen, den Erwerbslosen den Schwindel anhängte, sie planten die Hauptkasse im Rathaus zu stürmen? Glaubt jemand, daß der „Lokalanzeiger" diese Meldung zufällig bringt und WTB. sie zufällig weitergibt? Man kann nur sagen: Achtet auf faszistische Provokateure und laßt euch nicht von den faszistischen Pressekosaken provozieren.

Zentralstellen für Totschläger

In Küstrin, Provinz Brandenburg, haben einige Eisenwarenhändler, die Mitglied des „Stahlhelmbundes" sind, den Monopolvertrieb für einige hunderttausend Totschläger übernommen. Der Verkauf geschieht aber nur an „bestimmte" Kundschaft. Die Eisenwarenhändler sind sehr schlaue Leute, sie schlagen mit dieser Aktion zwei Fliegen mit einem Schlag. Sie verdienen Geld und schaffen sich zugleich eine Schutzgarde gegen die Arbeiter. Wie wäre es, wenn die Küstriner Arbeiter sich diese Zentralstelle einmal etwas näher ansehen würden?

Reichskanzlers Laufbahn

Ueber den Gewerkschaftsführer und Aufsichtsrat Gustav Bauer, der Leuchte des ADGB. (ehemals Breslauer Reichstagsabgeordneter), schreibt der von Stephan Großmann herausgegebene „Montag Morgen":

„Zu den Mittelmäßigkeiten, denen nach der Revolution staatsmännische Kleider und Befugnisse gegeben wurden, gehört der ehemalige Kanzleigehilfe Gustav Bauer. Er hat die zur Erlangung einer Ministerpension notwendige Zeit in drei Etappen abgesessen und konnte, mit einem auskömmlichen Ruhegehalt ausgestattet, sein nebensächliches Dasein irgendwo am Bodensee oder im Harz ungestört aufessen. Leider muß man feststellen, daß der Herr Reichskanzler a. D. und — unter des Staatssekretärs und Rechtsanwalts Albert Anleitung — Reichsschatzminister Bauer, nachdem er einmal vom Tische der Mächtigen genascht hatte, sein Hungergefühl nicht mehr hat besiegen können. Er ist mehrfacher Aufsichtsrat geworden. Eine dieser Würden meldete kürzlich der „Reichsanzeiger".

In das Handelsregister B. ist am 5. Juli unter Nr. 31 054 eine Firma „Warenhandels-Aktien-Gesellschaft" eingetragen worden. Sitz der Firma ist Berlin, Gegenstand des Unternehmens: **Handel mit Waren aller Art, Export und Import aller Waren und Finanzierung derartiger Geschäfte.** Das Grundkapital beträgt 120 Millionen Mark. Der Aufsichtsrat besteht aus: 1. **Reichskanzler a. D. Gustav Bauer,** 2. **Konsul Salomon Marx,** 3. Kommerzienrat Joachim Weber, 4. Kaufmann Alexander Elfer usw.

Der an erster Stelle genannte Reichskanzler a. D. Gustav Bauer ist heute noch Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Sozialdemokratie hat bisher die Uebernahme von Aufsichtsratsposten durch Parlamentarier als eine bedenkliche Verwertung politischen Einflusses bemängelt. Gustav Bauer hat schon als Reichsschatzminister den Aufsichtsratsposten in einer Gesellschaft übernommen, die aus einem Reichsunternehmen in eine Privatgesellschaft umgewandelt wurde.

Gustav Bauer ist (wahrscheinlich vom Konsul Salomon Marx) nur in seiner Eigenschaft als Politiker zum Aufsichtsrat der neuen Aktiengesellschaft, die mit allem Geschäfte macht, herangeholt worden. Von Hause aus ist Bauer nicht Kaufmann, sondern Bürogehilfe. Er wurde später Rechtsanwalts-Bürovorsteher, dann Vorsitzender des freigewerkschaftlichen Büroangestelltenverbandes und schließlich Vorsitzender der Generalkommission deutscher Gewerkschaften, die nach der Revolution alle entbehrlichen Mitglieder zur Besetzung von Ministerposten stellen mußten."

Nach einer Schilderung des weiteren Werdeganges dieses hervorragenden ADGB.-Mannes heißt es weiter: „Er eiferte in den Kapptagen täglich in Aufrufen gegen den Generalstreik. Der Generalstreikaufruf trug an der Spitze die Unterschrift des Reichskanzlers Bauer. Damals glaubten Sozialdemokraten und andere Leute, es müsse wohl bittere Feindschaft zwischen dem Ludendorff, Freund, Marx und dem verjagten Sozialdemokraten Bauer bestehen. Erst später wurde bekannt, daß Bauer den Generalstreikaufruf gar nicht selbst unterschrieben hatte, und daß er auch mit dem Generalstreik gar nicht einverstanden war. Berliner Genossen hatten den Aufruf im Namen Bauers unterfertigt. Heute wissen wir endlich sicher, daß politische Streitfragen die persönliche und geschäftliche Harmonie der Herren Marx und Bauer nicht stören. Sie sitzen zusammen in einem Aufsichtsrat. Wenn die Sozialdemokraten über kurz oder lang ihre Leute in das Becker-Ersatzkabinett schicken müssen, werden sie dann Gustav Bauer wieder präsentieren? Er dämpft zwar die Opposition, er ist bei der Rechten wohlgelitten, aber seine Begabung zum Aufsichtsrat scheint doch größer zu sein, als bis zum Staatsmann und vielleicht sogar zum schlichten Genossen."

Es ist nicht nur die Person Gustav Bauers, sondern das ganze System **kapitalistischer Versenchnuz im ADGB.** und der Sozialdemokratie, die auch in diesem Fall symptomatisch in Erscheinung tritt und den Arbeitern über manche Tendenz innerhalb der Partei und Gewerkschaften die Augen öffnen kann.

Prozeß Max Hoelz

Nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages am Donnerstag, den 9. August 1923, beschäftigt sich im Reichstagsgebäude der Reichsamnestieausschuß mit der Angelegenheit des zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilten Genossen Max Hoelz. Den Vorsitz des Ausschusses führt der Reichstagsabgeordnete Dr. Moses (VSPD.). Genosse Max Hoelz wird in der Verhandlung durch den Leiter der Juristischen Zentralstelle der KPD., Genossen Felix Halle, und den Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Dr. Paul Levi verteidigt.

Beilage zur „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Nummer 184 5. Jahrgang.

Der nahende Bankrott der deutschen Bourgeoisie

und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands

(Schluß) Von Karl Radek

Damit sind der Kommunistischen Partei die Aufgaben klar vorgeschrieben. Die erste Aufgabe besteht darin, die Mehrheit der aktiven Teile der Arbeiterklasse unter dem Banner der Kommunistischen Partei zu organisieren, und die Mehrheit der gesamten Arbeiterklasse wenigstens mit Sympathie für die Kommunistische Partei zu erfüllen. Manche Genossen sagen, Agitation und Organisation der Mehrheit der Arbeiterklasse ist gut, aber sie kann nur durch große Aktionen erreicht werden. Wir sagen umgekehrt, die großen Aktionen, insoweit es sich nicht um spontane Ereignisse handelt, sind nur möglich, wenn unsere Agitation verhundertfacht wird, wenn wir durch sie die breitesten Massen der Arbeiter erreichen, wenn wir ihr Aufbegehren in bewußtes kommunistisches Wissen und Wollen verwandeln. Wir haben bisher stümperhaft agitiert. Wir müssen jetzt eine Glocke werden, die das ganze arbeitende Volk hört. Wir haben 300 000 organisierte kommunistische Arbeiter. Wir haben nicht einmal verstanden, die drei Millionen Arbeiter in den Gewerkschaften, die mit uns zusammengingen, wenn auch nur in loser Form zusammenzufassen. Unsere Betriebsräte, unsere Gewerkschaftsfraktionen, unsere Kontrollausschüsse, unsere Hundertschaften müssen jetzt Millionen Arbeiter umfassen.

Die deutsche Bourgeoisie ist so organisiert, wie keine der Welt. Die Kommunistische Partei Deutschlands muß so organisiert sein, wie keine Kommunistische Partei der Welt.

Die Bolschewiki konnten mit 70 000 Mitgliedern die Macht erobern, denn die Bourgeoisie war unorganisiert, und sie verfügte über eine solche Organisation wie die russische Armee. Eine Million Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands ist das Minimum, das wir in der nächsten Zeit erreichen müssen. Unsere Organisation darf nicht ein Wahlapparat sein, sie muß eine zusammengeballte Faust sein, sie muß ein kämpfender Organismus sein zusammengehalten nicht nur von der kommunistischen Idee, sondern von dem eisernen Korsett unserer Sturmbataillone der Hundertschaften.

Es ist sehr möglich, daß die KPD. vor die Frage des Kampfes auf Leben und Tod gestellt wird, bevor sie diese Aufgaben erfüllt hat. Aber dann wird sie unter tausendmal ungünstigeren Verhältnissen kämpfen. Und will sie fähig sein, zu kämpfen gegen Wind und Sonne, unter jeden Umständen, unter denen sie kämpfen muß, so muß sie sich die hier gezeichneten Aufgaben stellen und sie mit eiserner Energie auszuführen suchen.

•

Unser Wachstum liquidiert nicht die Einheitsfronttaktik; es stellt sie vor viel größere Aufgaben. Als wir erst versuchten, an die sozialdemokratischen Arbeiter heranzutreten, waren wir genötigt, vieles zu schlucken, um nur die Fühlung mit den sozialdemokratischen Arbeitern nicht zu verlieren. Es gilt jetzt, mutiger zu sein, es gilt entsprechend unserer gewachsenen Kraft aufzutreten. Das bedeutet nicht, übermütig zu werden, das bedeutet nicht, von den sozialdemokratischen Arbeitern zu fordern, sie sollen unsere Losungen annehmen, wenn sie sie noch nicht verstehen. Wir müssen dauernd das in den Vordergrund stellen, was die gesamte Arbeiterklasse versteht, um was sie kämpfen will. Aber diese Uebergangsforderungen, die notwendig sind, müssen nicht nur in der Agitation verbreitet werden, sondern sie allein können die Basis unserer Verständigung mit den Teilen der Sozialdemokraten bilden, die unter dem Drucke der Arbeiterklasse genötigt sind, mit uns zusammenzugehen.

Darum muß die Partei die linken Sozialdemokraten, wie Zeigner in Sachsen, vor die Wahl stellen: entweder ehrlicher Kampf gegen die Bourgeoisie für die Rettung der Arbeiterklasse von der Not, dem Elend und der Konterrevolution, oder sie muß ihnen ihre Unterstützung versagen. Wenn die Zeigner mehr Angst haben vor Cuno, Ebert oder Lipinski als vor uns, dann sind sie uns keine Weggenossen. Die Koalition bedeutet das Bündnis von Pferd und Reiter, sagte Tellerand. Die sozialdemokratischen Parteiführer sind damit einverstanden, nur möchten sie die Reiter sein. Wir unsererseits erstreben nicht, die ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter zu unseren Pferden zu machen. Wir wollen zusammen mit ihnen ein Paar von Pferden sein, die den Wagen der deutschen Arbeiterklasse aus dem Dreck ziehen, in den ihn die Sozialdemokratie hineingeritten hat. Aber dann muß das linke sozialdemokratische Pferd auch ziehen, und zwar nach vorn, nicht nach hinten.

Einheitsfront bedeutet heute Verhundertfachung unserer Agitation unter den breitesten Massen der Arbeiterklasse.

Einheitsfront bedeutet heute Verzehnfachung der Bedingungen nach Schaffung gemeinsamer Hundertschaften, gemeinsamer Betriebsräte, gemeinsamer Kontrollausschüsse mit den linken sozialdemokratischen Arbeitern.

Einheitsfront bedeutet heute, unverrückt festhalten an unseren Uebergangsforderungen, an der Parole der Kontrolle der Produktion, der Bewaffnung des Proletariats, der Erfassung der Sachwerte, Arbeiter- und Bauernregierung als der Basis des Zusammengehens mit den linken Sozialdemokraten.

•

Aber die Mobilisierung der Arbeiterklasse allein genügt nicht. Wir müssen hinein in die kleinbürgerlichen Massen, die proletarisiert werden durch die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland. Die Kleinbauern, die Siedler, die Beamten, die Privatbeamten, die proletarisierten Intellektuellen, sie sind das Reservoir unserer Kraft, mögen sie auch heute noch in reaktionär-nationalistischen Formen denken. Wenn die Kommunistische Partei Deutschlands erklärt, sie wolle nicht nur für die Interessen der industriellen Arbeiter kämpfen, sondern für die Interessen aller, die unter dem Joche des Kapitalismus ächzen, so ist das keine Taktik, es ist Klassenstrategie des Proletariats. Die Taktik, das sind die Maßregeln, die notwendig sind, um eine Schlacht zu gewinnen. Die Strategie ist die Gesamtheit der Maßregeln, die notwendig sind, um den Krieg zu gewinnen. Unser Krieg wird nicht gewonnen sein an dem Tage, wo wir die Macht erobert haben, sondern erst an dem Tage, wo wir sie begründet haben, wo wir wenigstens im Rohen den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft beendet haben. Wenn wir die kleinbürgerlichen Massen zu gewinnen suchen, so handelt es sich dabei nicht um kleine Schlauheiten, um die Zersplitterung der faszistischen Bewegung für einen Augenblick, ja sogar nicht nur darum, um Verbündete zu gewinnen zur Eroberung der Macht. Es handelt sich um die Eroberung einer großen, viele Millionen umfassenden Schicht, die uns nötig ist für den Kampf um die Macht, die uns nötig ist für den Kampf um den Sozialismus. Wir werden die Ingenieure, wir werden die Offiziere, wir werden die tüchtigen Bankbeamten nötig haben, wenn wir mit den geringsten Verlusten Deutschland aus der Not herausführen wollen. Um sie zu gewinnen, müssen wir zu Zweifachem bereit sein. Wir müssen mit der ganzen Hingabe ihnen helfen, ihre alten Vorurteile abzustreifen, wir müssen versuchen, große Teile von ihnen zu Kommunisten zu machen. Gleichzeitig aber müssen wir bereit sein, Bündnisse auch mit diesen Teilen von ihnen einzugehen, die, ohne gewillt zu sein, unsere Theorie annehmen, die, haftend an ihren eigenen ideologischen Formen, praktisch um dasselbe kämpfen wollen, worum wir in diesem Abschnitt der Geschichte kämpfen. Die russische Intelligenz begann ihren historischen Aufstieg mit der sozialistischen Ideologie, und noch in der Zeit, wo sie auf seiten des Kapitals gegen die Arbeiterklasse kämpfte, schwenkte sie das Banner des Sozialismus. Das deutsche Kleinbürgertum ist schon genötigt, gegen den Kapitalismus zu kämpfen und klebt noch nicht nur an der kapitalistischen Ideologie, sondern sogar noch an der vorkapitalistischen. Es gibt in Deutschland Leute, die die Nationalisierung der Banken fordern und gleichzeitig den Katholizismus und Protestantismus ersetzen wollen durch den Kultus des Wotan. Die Kommunistische Partei muß die Realitäten sehen, durch die Nebel der alten Ideologien.

Die Arbeit in den kleinbürgerlichen Massen hat erst begonnen. Aber schon versteht die Schwerindustrie, schon verstehen die Aasgeier des deutschen Verfalls, die auf dem Rücken der kleinbürgerlichen Massen mit den Händen des nationalistischen Kleinbürgertums ihre Herrschaft aufrichten wollen, daß ihnen eine große Gefahr droht, wenn das Kleinbürgertum, von ihnen aufgerüttelt, die Schuppen vor den Augen verliert. Die Geldgeber und die Organisatoren des Faszismus werden versuchen, die kleinbürgerlichen nationalistischen Massen in Zusammenstöße mit der Arbeiterschaft hineinzumanövrieren, damit sich ein Abgrund zwischen den zwei Armeen der Revolution in Deutschland auftut; zwischen ihrer Avantgarde und ihrer Arriergarde. Unsere Aufgabe besteht darin, durch den Aufmarsch der Arbeitermassen, durch die Mobilisierung und durch ihre Wehrhaftigkeit womöglich den kleinbürgerlichen Massen die Lust zum Anbändeln zu nehmen und gleichzeitig, wo wir ihnen die geballte Faust zur Abwehr entgegenstrecken, ihnen die Hand zum Bündnis entgegenzustrecken; denn wir können tief überzeugt sein, daß diese Massen zu uns gehören werden, wenn sie sehen, daß wir die Macht und den Willen haben, der Not des deutschen Volkes den Krieg zu erklären.

•

Die Zeit des Generalsturmes ist noch nicht da. Sie reift aber heran. Daß sie heranreift, das zeigen: a) die Aussichtslosigkeit der deutschen Bourgeoisie, die die Krise Deutschlands nicht lösen kann; b) die wachsende Zerfahrenheit und Zerklüftung der deutschen Bourgeoisie; c) der Zerfall der Macht der Sozialdemokratie; d) unser Wachstum. Die strategische Aufgabe der deutschen Kommunisten besteht darin, das Reifen der Revolution bewußt durch unsere organisatorische Arbeit zu fördern, unsere Kräfte zu stärken, die Reserven der Arbeiterklasse heranzuziehen, Verbündete im proletarischen Kleinbürgertum zu suchen, das Maximum unserer klaren kommunistischen Agitation mit einem nüchternen Eingehen auf alle Kompromisse zu verbinden, die notwendig sind, auch unsere Basis zu erweitern, und die auf der Linie der historischen Entwicklung liegen, die Kommunistische Partei zum lebendigen Gewissen des leidenden deutschen Volkes zu machen, damit sie sein Führer werden kann. Wir müssen die Schlachten schlagen, vor die uns die Geschichte stellt, aber wir müssen dabei noch immer im Auge behalten, daß wir momentan noch schwächer sind. Wir dürfen jetzt nicht nur noch keine Gelegenheit liefern, sondern wir müssen alles vermeiden, was dem Feinde ermöglichen würde, uns teilweise zu schlagen. Die Zeiten der Märzniederlage, die eine Niederlage einer sich zurückziehenden Armee war, die nicht bemerkt hat, daß die Zeit ihrer Offensive vorläufig vorüber ist, sind vorbei. Aber es sind Niederlagen möglich, die ein Heer erleidet, wenn es bei ungenügender artilleristischer Vorbereitung zur Offensive übergeht. Es verblutet an den Drahtverhauen des Gegners. Sollte der Gegner selbst zur Offensive übergehen, so wird er sich verrechnen. Wir müssen die Partei bereit machen, um den Angriff des Gegners nicht nur abwehren zu können, sondern um, wenn er angreift, nach der siegreichen Abwehr zum Angriff überzugehen. Aber die Entscheidung dürfen wir von selbst noch nicht suchen.

Das ist die Lage in Deutschland. Das ist die Lage der Kommunistischen Partei. Das sind ihre Aufgaben. Sie erfordern von ihr die größte Anstrengung ihrer Kräfte, die größte Zuversicht, den Glauben in die eigenen Kräfte, Energie, Enthusiasmus, aber auch eisernes Rüstzeug und strategische Ueberlegenheit. Dann wird auch die Zeit kommen, wo die deutschen Kommunisten sich sagen können: Mut, Mut und noch einmal Mut.

Wie die ADGB.-Gewerkschaftsführer den Faszismus unterstützen

Enthüllungen aus einem vertraulichen Rundschreiben der Arbeitgeberverbände. „An der bisherigen Lohnpolitik ist grundsätzlich nichts geändert“

K.B. Wie erinnerlich, begannen die ADGB.-Führer ihre Aktion für wertbeständige Löhne mit folgenden Forderungen an die Regierung und an die Unternehmer: 1. Schaffung einer gesetzlichen Reichsindexziffer und zwangsweise Anpassung der Löhne und Gehälter an die Veränderungen dieses Index. 2. sofortige Einführung dieser Regelung in den Staatsbetrieben, um auf die Unternehmer einen Druck auszuüben. Nachdem dies erreicht sei, wollten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, so erklärten sie, um höhere Reallöhne kämpfen. Wir erklärten schon damals, daß diese Strategie, wenn man es so nennen kann, grundfalsch sei. Wir sagten, der Ausgangspunkt müsse der Kampf um höhere Reallöhne sein sowie die Erkämpfung größerer politischer Machtpositionen, durch die allein ein höherer Reallohn vor neuen Angriffen des Unternehmertums und des Staates gesichert werden könne. Auf keinen Fall könne das Lohnproblem durch Verhandlungen mit der Regierung Cuno und in der Zentralarbeitsgemeinschaft gelöst werden.

Wir wurden deshalb von der Gewerkschaftsbürokratie verhöhnt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer versprachen zunächst täglich den Massen, um sie zu beruhigen, daß ein voller Erfolg gesichert sei. Aber die Verhandlungen schleppten sich hin. Man wurde immer kleinlauter und heute versucht man krampfhaft, jede nichtssagende Abmachung mit den Unternehmern als Wertbeständigkeit der Löhne darzustellen und den Massen in schwindelhafteiner Weise Erfolge vorzutäuschen, wo in Wirklichkeit eine schwere Niederlage festzustellen ist.

Der bekannte günstige Wind gibt uns die Möglichkeit, aus einem vertraulichen Rundschreiben der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände einige Tatsachen mitzuteilen, die von den reformistischen Gewerkschaftsführern verschwiegen wurden. Diese Tatsachen zeigen, daß die Aktion für wertbeständige Löhne vollständig zusammengebrochen ist.

Bei dem Rundschreiben der Arbeitgeberverbände handelt es sich um einen vertraulichen Bericht über die entscheidende Konferenz des lohnpolitischen Ausschusses und des Reichsarbeitsministers vom 13. Juli.

Es heißt darin, daß die Differenzen zwischen der Auffassung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer (Gewerkschaften) vor allen Dingen in dem Verlangen der Arbeitnehmer nach einer generellen für das ganze Reich gleichmäßig zur Anwendung gelangenden Regelung der automatischen Anpassung der Löhne an die Lebenshaltung lagen. Bei den Verhandlungen am 13. Juli war von Anfang an eine entgegenkommende Stellungnahme auf seiten der Arbeitnehmerschaft dadurch gesichert, daß der Reichsarbeitsminister die gewünschte Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten nur auf der Grundlage der tariflichen Verhandlungen geregelt wissen wollte und ausdrücklich eine Regelung für das ganze Reich ablehnte.

Die Arbeitgeber erklärten, daß der Kern ihres bisherigen Widerstandes gerade in dem Verlangen nach zwangsweiser Anpassung und Schematisierung gelegen hat und daß sie hiernach, nachdem diese Forderungen gefallen sind, zu einem Entgegenkommen auf der Grundlage des Beschlusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates bereit seien. Denn dieser Beschluß stelle ausdrücklich fest, daß die Anpassung des Lohnes an den Lebenshaltungsindex im Wege freier Verhandlung erfolgt, also nicht zwangsweise und automatisch, daß die Wahl des heranzuziehenden Index gleichfalls in die freie Vereinbarung der Parteien gestellt wird und daß bei den übrigen kurzfristig zu gestaltenden Tarifabschlüssen dieser Index nicht mit absoluter Zwangsläufigkeit auch hinsichtlich

seiner Höhe berücksichtigt werden muß,

sondern bei den Verhandlungen als Norm zu nehmen ist, sodaß Abweichungen und Modifikationen aus der besonderen Lage des einzelnen Falles heraus wohl angängig sind; endlich steht der Beschluß keinen Zwang zur Anwendung der Anpassung auf die zurückliegende Zeit, also keine Rückwirkung vor.

Schließlich herrschte zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaftsvertretern Uebereinstimmung darüber, daß es sich bei vorstehender Regelung um einen Versuch und eine durch die gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse bedingte Maßnahme handelt, von der die Parteien bei veränderter Sachlage wieder abzugehen berechtigt sind. Von Arbeitgeberseite wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß auch das Reichsfinanzministerium, das Verkehrsministerium und die übrigen Reichsstellen sich auf den Boden dieser Grundsätze stellen und die automatische Anpassung ablehnen müssen, wenn nicht die Durchführung obiger Grundsätze bei der Privatindustrie gefährdet sein soll. (Die Regierung Cuno hat bereits entsprechend diesem Wunsche der Unternehmer gehandelt.) Mit diesem Ergebnis wurden die Verhandlungen zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften als vorläufig abgeschlossen betrachtet.

Soweit der Bericht der Arbeitgeberverbände über die entscheidende Sitzung vom 13. Juli.

Die Gewerkschaftsführer haben es nicht für nötig gefunden, die gewerkschaftlich organisierten Massen über das Ergebnis der Verhandlungen zu unterrichten. Erst auf diesem Wege über ein Arbeitgeberrundschreiben sind wir und die Massen in der Lage, uns ein Bild über den Stand der Dinge zu machen. Hätten die Gewerkschaftsführer über die Ergebnislosigkeit der Verhandlungen berichtet, dann hätten sie allerdings Farbe bekennen müssen, ob sie gewillt seien, zu kämpfen oder nicht. Statt dessen schweigen sie darüber und versuchen, sich durch allerhand Schwindeleien (wie z. B. den angebliche Erfolg im Berliner Metallarbeiterkampf ein Schwindel ist) aus der Klemme zu ziehen.

Ganz anders die Arbeitgeberverbände. Kampfentschlossen ziehen sie aus dem Resultat der Verhandlungen ihre Schlußfolgerung und geben den Unternehmern in ihrem Rundschreiben folgende Anweisung:

Das Ergebnis der Verhandlungen sieht keine zwangsweise Anpassung der Löhne an den Lebenshaltungsindex vor, sondern betrachtet den Index nur als Grundlage für die Verhandlung. Die Wahl des Index ist den Parteien überlassen. Es wird empfohlen, ähnlich wie in der Berliner Metallindustrie, einen geheimen Index zu machen (wodurch die Lohnverhandlungen noch mehr als bisher dem Einfluß der Massen entzogen werden.) Die Heranziehung des Großhandelsindex darf nicht zugestanden werden. Mit der Befolgung dieser Grundsätze ist der Beschluß des Reichstages über wertbeständige Löhne als erledigt zu betrachten. Durch die Ablehnung der zwangsweisen Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungsindex bleibt bei den Verhandlungen mit den einzelnen Gewerkschaften weiterhin genügend Raum für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der einzelnen Industrien und Betriebe. Insofern bedeuten die neuen Vorschläge im Kern

keine grundsätzliche Aenderung unserer bisherigen Lohnpolitik und Lohnfestsetzung.

Das ist die Einstellung der Arbeitgeberverbände nach den Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Regierung. An der bisherigen Lohnpolitik wird nichts mehr geändert. Die Wertbeständigkeit der Löhne ist weder generell, noch für einzelne Gewerkschaften erreicht worden. Der Lebenshaltungsindex soll zwar als „Grundlage der Verhandlungen" benutzt werden, aber nicht mehr und nicht weniger als das bisher auch schon der Fall war.

Daß die Angaben der Arbeitgeberverbände in ihrem Rundschreiben den Tatsachen entsprechen, beweisen die Richtlinien der Reichsregierung über den Inderlohn, zu denen die reformistischen Führer ebenfalls geschwiegen haben. In diesen Richtlinien heißt es: „Gegen eine rein automatische Anpassung der Löhne bestehen die schwersten wirtschaftlichen Bedenken. Es werden daher auch künftig freie (d. h. vom Lebenshaltungsindex unabhängige) Lohnverhandlungen stattfinden müssen."

Das Rundschreiben der Arbeitgeberverbände und die Richtlinien der Regierung Cuno beweisen vor allem eins: daß die reformistischen Gewerkschaftsführer aufs neue in ungeheuerlichster Weise die Arbeiterklasse betrügen, indem sie von Erfolgen schreien, wo keine sind, um einen ernsthaften Kampf um höhere Löhne und Gehälter aus dem Wege zu gehen. Wird der Kampf um höheren Reallohn und Wertbeständigkeit des Lohnes wiederum nicht ernsthaft geführt, endet der ganze bisherige Kraftaufwand bestenfalls mit der Stabilisierung der gegenwärtigen Hungerlöhne auf Grund eines schwindelhaften Index, dann nimmt die Zersetzung der Kampfkraft der Arbeiterklasse den gefährlichsten Umgang an. Damit würden dem Faszismus die besten Dienste geleistet und den Bundesvorstand des ADGB. träfe die Hauptverantwortung für erfolgreiche Vorstöße der Reaktion.

Aufgabe aller klassenbewußten Arbeiter wird es sein, den breitesten Massen das verbrecherische Spiel, das mit ihnen getrieben wird, zum Bewußtsein zu bringen. Darüber hinaus muß dafür gesorgt werden, daß die zersetzenden Wirkungen der reformistischen Arbeitsgemeinschaftspolitik schnellstens durch die Revolutionierung der Massen überwunden werden. Es gilt, den Schwindel zu entlarven, die Massen aufzuklären, sie gleichzeitig zu sammeln und zu mobilisieren für den Kampf unter revolutionären Losungen ohne und gegen die reformistischen Führer. Nicht Flucht der Massen aus den Gewerkschaften zum Indifferentismus und zur Passivität, sondern Mobilisierung der Massen zwecks Abrechnung mit dem Kapitalismus und seinen Helfershelfern!

Betrieb & Gewerkschaft

[illegible] des Unternehmertums

[illegible] wenn sich das wachsende Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft in gesteigerter Aktivität äußert, so hat das Unternehmertum nach [illegible] eine neue Pille zur Hand, um die Arbeiter für eine Zeit von [illegible] zu arbeiten am Grabe der [illegible] Gesellschaftsordnung, abzuhalten.

[illegible] ist es die sogenannte Kleinaktie, ein [illegible] am Ertrag des Betriebes und mit [illegible] Schwindelparolen sonst [illegible].

Das [illegible] auf diesem Gebiet des vom [illegible] die „wertbeständige Be[illegible] Kartoffel-Aktie".

Die Ereignisse der letzten Wochen, die [illegible] Hungerrevolten, die Metallarbeiterkämpfe [illegible] schwindendes Vertrauen der Arbeiter zur kommunistischen Führung aufzeigen und die gewaltigen Demonstrationen des Proletariats zeigen den Unternehmern, daß sich der Riese Proletariat [illegible] seiner Kraft besinnt.

In dieser Situation tritt man mit einem [illegible] Plan in neuem Gewande an die Arbeiterschaft heran. Diesmal heißt das Mittel zur Spaltung der Arbeiterschaft „wertbeständige Betriebsanlage". D. h. jeder Arbeiter, der die Möglichkeit hat, Gelder zurückzulegen, soll vor Entwertung geschützt werden in der Form, daß die Gelder in den zurzeit geltenden Stundenlöhnen eingezahlt werden, während für die Auszahlung ebenfalls der geltende Stundenlohn in Frage kommt.

Jedem denkenden Arbeiter muß einleuchten, daß er bei den heutigen Löhnen, deren realer Wert trotz der hohen zur Auszahlung kommenden Summen nur ein Drittel des Vorkriegslohnes ausmacht, nicht sparen kann, wenn er sich den Hungertitanen nicht noch enger spannen will.

Im Grunde bedeutet also das Angebot des Unternehmers eine unerhörte freche Provokation der Arbeiterschaft, die vor Elend nicht aus noch ein weiß. Der unerhörte Wucher auf dem Lebensmittelmarkte ermöglicht den Arbeitern kaum, wodurch ihre Existenz zu fristen, viel weniger, noch zu sparen.

Der Zweck der Uebung ist für den Unternehmer ein einfacher. In 8 Stunden täglicher Arbeit sind keine Spargelder zu verdienen. **Was wird die Folge sein?**

Kritiklose Arbeiter werden sich verleiten lassen, Ueberstunden zu machen, um ihre trostlose Lage zu „verbessern". Die Arbeiter liefern dann selbst dem Unternehmer ein gutes Argument in seinem Kampfe für die Beseitigung des Achtstundentages.

Wer hat den Profit von den Spareinlagen?

Nur der Unternehmer, denn die bisherigen Erfahrungen zeigen uns, daß konform mit den rasenden Kurssteigerungen und dem rapiden Fallen der Mark eine planmäßige Senkung des Reallohnes geht. Läßt ein Arbeiter sein Geld beispielsweise vier Monate stehen, so wird das Geld am Tage der Auszahlung nicht die Kaufkraft haben, wie am Tage der Einzahlung, trotz der eingetretenen Lohnerhöhungen. Der Verdienende ist nur der Unternehmer, der die eingehenden Spargelder in Devisen oder Edelvaluten anlegen kann.

Die eingehenden Spargelder bilden außerdem eine schwere Gefahr für die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Bei jeder Lohnverhandlung wird der Arbeitgeber darauf hinweisen, daß die Lage der Arbeiter doch nicht so schlecht sein könne; an Hand der eingehenden Spargelder wird er sich eine Statistik anlegen, die ihm in diesem Moment als Waffe dient. Diese Gefahr darf vor allen Dingen nicht unterschätzt werden.

Aehnlich verhält es sich mit den Sparstunden für Kartoffeln, deren Einführung mittlerweile in einigen Betrieben schon Tatsache geworden ist. Die Sache geht so vor sich, daß dem Arbeiter bei Bedarfsanmeldung seines Quantums gesagt wird, wieviel Stunden ihm für die Kartoffeln in Anrechnung gebracht werden. Der Kartoffelpreis wird kalkuliert nach den jetzt geltenden Stundenlöhnen, ist also ein etwas eigenartiges Unterfangen, denn erfahrungsgemäß sind die Kartoffeln zur Zeit der Einkellerung immer billiger, als wenn sie neu auf den Markt kommen.

Dieses Kartoffelkonto wird den Arbeiter außerordentlich schwer belasten, er wird nach einem Ausweg suchen, und der einzige, der sich ihm öffnet, ist die Abgeltung durch Ueberstunden.

Geht man auf diesen Plan ein, so begibt man sich eines wichtigen Kampfmittels, denn **bis jetzt war es üblich, zum Winter eine Erhöhung der Löhne zu fordern, um den Winterbedarf einzudecken.** Durch die Tätigung des Kartoffelabkommens wird auch dieses Moment hinfällig und die Arbeiterschaft hat an Stelle einer „Bohlter" wieder eine Backpfeife bekommen.

Wir müssen deshalb grundsätzlich alle derartigen Manipulationen ablehnen und dort wo wir einen Einfluß haben, mit allen Mitteln versuchen, ihre Einführung zu unterbinden. **Bedauerlicher Weise ist schon wieder ein Teil freigewerkschaftlicher Betriebsräte auf diese Leimrute gekrochen.** Wenn sie den Pferdefuß gleich erkannt hätten, würden sie manchem Arbeiter eine Enttäuschung ersparen.

In den Betrieben, wo derartige Systeme zur Einführung gelangt sind, müssen unsere Genossen versuchen, einen maßgebenden Einfluß auf die Verwaltung dieser Gelder zu bekommen. Unter keinen Umständen dürfen die Unternehmer allein darüber verfügen. Hemmungen in den Bestimmungen über die Betriebssparkassen, gleich welcher Art, z. B. Verklausulierungen in der Form der Auszahlung, die unter Umständen bedeuten würden, eine Kettung des Arbeiters an den Betrieb, sind auf das schärfste zu bekämpfen.

Außerdem dürfen unsere Genossen nicht versäumen, immer wieder darauf hinzuweisen, daß mit solchen Mitteln der Arbeiterklasse nicht geholfen ist. Gleichzeitig mit dem Kampf gegen derartige Machenschaften des Unternehmertums müssen sie den Kampf führen für das Programm des Betriebsrätekongresses, denn nur mit durchgreifenden Maßnahmen und nicht mit weißer Salbe kann der Arbeiterklasse geholfen werden.

Passive Resistenz auf den Stettiner Werften

Sämtliche Stettiner Werften befinden sich in passiver Resistenz. Die Arbeiter fordern eine einmalige Teuerungszulage von 5 Millionen Mark und Verbilligung der Lebensmittel. Die Behörden haben eingegriffen und suchen zu vermitteln.

Wucher und Faszismus

beschäftigte eine Ortskartellsitzung in Liebau. Genosse Kirchner berichtete über eine Meldung des Oberfleischermeister Dreschers, nach der das Fleisch **100 000 Mk. das Pfund** kosten wird und ersuchte dazu Stellung zu nehmen. Fleischer welcher dann geholt wurde, erklärte, das die hiesigen Fleischer das Vieh auswärts so teuer einkaufen müßten und schob die Schuld an dieser Verteuerung auf die Landwirtschaftliche Genossenschaft Landeshut, die alle Viehbestände aufkaufe und die Bauern durch Lieferung von Düngemittel, sich verpflichte. Nachdem H. Drescher von den Delegierten über weitere Mißstände befragt wurde, kam man zu dem Entschluß, eine Kommission an den Landrat zu schicken, um die Sachlage zu klären. **Die Forderung der Kontrollausschußbildung wurde abgelehnt, da bereits einer bestehe.** (Reformistisch. Vorsitzender Herr Bürgermeister.) Zum 2. Punkt: Faszistengefahr, nahm Kirchner das Wort und suchte die Gewerkschaftler von der Notwendigkeit der Aktivität der Arbeiterschaft zu überzeugen, aber vergebens, die Aufforderung zur Bildung von Hundertschaften, mit Hilfe des Kartells überzugehen, stieß auf größten Widerstand. Man erklärte lieber abzuwarten bis die Faszisten losschlagen. (Das sieht den Brüdern ähnlich!) Unter Verschiedenes: wurde die Sammlung für Gen. Sienzel, der von der Klassenjustiz verurteilt ist, als fortlaufend anerkannt. Die Kosten der Delegation an den Landrat, wurde den Lokalkassen der Gewerkschaften zugesprochen. Um 1½12 Uhr wurde die Sitzung vom Vorsitzenden geschlossen, mit dem Appell stets auf dem Posten zu sein.

Die Bauern unterstützen die streikenden Metallarbeiter und die revolutionären Betriebsräte

In Ratibor OS. führen die Metallarbeiter einen hartnäckigen Kampf gegen die Metallindustriellen. Die Streikunterstützung reichte nicht aus. Sammlungen in Ratibor brachten Millionen. Die Streikenden sammelten bei den Bauern auf den Nachbardörfern. An einem Tage brachten sie über 200 Zentner an Lebensmittel. In Woinowitz bei Ratibor sammelten unsere Genossen auf die Listen für die revolutionären Betriebsräte. Die Sammlung ergab unter den wenigen Bauern 2 Millionen Mark.

Diese Sammlungen erfolgten wenige Tage danach als die Kommunisten in einer Riesenversammlung in Ratibor zu der Hungersnot Stellung nahmen. Als Diskussionsredner trat dort der Gewerkschaftsdemagoge Nowak auf, und erklärte, daß die schlimmsten Wucherer gerade die Kleinbauern sein. Genosse Hennig-Berlin, griff nunmehr in die Debatte ein und zeigte den Anwesenden, daß der kleine Bauer genau so abhängig und ausgebeutet wird durch das Wucherkapital, wie der Arbeiter. Auch konnte er nachweisen, daß die Sozialdemokraten, wenn es sich um Stimmenfang handelt, auf den Dörfern ganz anders zu den Kleinbauern sprechen, wie sie es vor kurzen erst in Mecklenburg-Strelitz taten. Die Oberschlesischen Bauern nahmen die Ausführungen unseres Genossen mit Beifall auf und zeigten, daß sie für die Arbeiterklasse mehr Verständnis haben, als wie viele Sorte Sozialdemokraten vom Schlage Nowak.

Einheitsfront in Emden

Auf Veranlassung der KPD. befaßte sich eine gemeinsame Sitzung, in der KPD., USP. und VSP., sowie ADGB., AfA. und Allgemeiner Deutscher Beamtenbund vertreten waren, mit der gegenwärtigen Hungersnot.

Es kam einheitlich zum Ausdruck, daß nur die geschlossene Einheitsfront einen Weg aus dem Chaos finden kann. Eine Kommission wurde zum Magistrat geschickt, um folgende Forderungen zu unterbreiten: sofortige Bereitstellung von Mitteln zum Ankauf von Lebensmitteln, welche zu verbilligten Preisen abgegeben werden sollen.

Die Jenaer Metallarbeiter an das Büro der IGB.

Die am 2. August in Jena tagende Mitgliederversammlung des DMV. beschloß einstimmig, folgendes Telegramm an das Internationale Gewerkschaftsbüro zu richten:

„Mitgliederversammlung Jena DMV. begrüßt Fimmens Schritte auf Transportarbeiterkonferenz Berlin. Erwartet von IGB. vollste Unterstützung Fimmens."

Kongreß für Sozialpolitik

Am 26. und 27. Juli tagte eine Kommission zur Vorbereitung eines Kongresses für Sozialpolitik in Bregenz. Vertreten waren die Verbände von Deutschland, Spanien, Oesterreich, Schweiz, Frankreich, Tschecho-Slowakei, sowie das Internationale Arbeitsamt.

Der Beginn des Kongresses wurde auf den 24. April 1924 festgesetzt und als Tagungsort Basel ausersehen.

Syndikalistische Volksbeglücker

Was es mit den syndikalistischen Phrasen auf sich hat, beweist folgende Meldung aus dem Ruhrgebiet:

Die durch den Hunger hervorgerufene verzweifelte Stimmung unter den Bergarbeitern in Neumühl bei Hamborn wird von den Syndikalisten zur Propaganda für die Rheinland-Republik ausgenutzt. Hierbei tut sich besonders der Betriebsrat Gattner, sowie der syndikalistische Oberhäuptling Tillmann hervor.

Sie fordern offen auf, sich der Sonderbündlerbewegung anzuschließen und mit Hilfe französischer Bajonette eine Rheinland-Republik auszurufen.

So sehen die die Waffen verabscheuenden Syndikalisten in Wirklichkeit aus.

Eine unerhörte Schandtat

Die Maler, Schreiner und Bauarbeiter des Saargebietes stehen in einem schweren Kampfe gegen das saarländische scharfmacherische Unternehmertum. Dieses wirft klassenbewußte Arbeiter auf die Straße und sucht Streikbrecher und Lohndrücker, um auf solche Art die klassenbewußten Elemente gefügig zu machen.

Angesichts solcher Verhältnisse bringt es ein Organ der Sozialdemokratie, die „Rheinische Zeitung" Köln, fertig, folgende Inserate aufzunehmen:

„Volleistungsfähige Maler- und Schreinergehilfen,

sowie sonstige Bauhandwerker finden Beschäftigung zum Stundenlohn von Frs. 2.10 im Saargebiet. Für Kost und Logis wird Sorge getragen. Der Erteilung der Einreiseerlaubnis in das Saargebiet steht nichts im Wege.

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe Saarbrücken 3, Königin Luisenstr. 47."

Das Organ des „Mustersozialdemokraten" Göllmann hat sich mit dieser „Tat" selbst übertroffen.

Betriebskonferenz in Köthen

Ein Bergarbeiter schreibt uns zur Betriebskonferenz in Köthen noch folgendes:

„Mit welcher Demagogie die Arbeitervertreter (?) des Bergarbeiterverbandes die Meinung ihrer Mitglieder beeinflussen, zeigt die Betriebsrätekonferenz in Köthen. Der Referent Dr. Berger schälte die Lohn und Preispolitik wie eine Zwiebel auseinander, nur mit dem Unterschied, daß ihm bei dieser Tätigkeit die Augen nicht tränten. Kreuzfidel behauptet er, die Lohnpolitik muß sich im Rahmen der deutschen (kapitalistischen) Wirtschaft bewegen und zwar so, daß zunächst eine Ueberproduktion geschaffen wird. Erst dann kann an Lohnpolitik gedacht werden. Mit proletarischen Worten: Kumpel schufte, schufte, schufte, halts Maul und schaff solange Ueberproduktion, bis die Kohlenbarone genug haben. Erst wenn die Herren genug haben (zum Nimmerleinstage) kannst Du an Lohnforderungen denken.

Dr. Berger behauptet ferner, wir sollten uns keine Illusionen über die wertbeständigen Löhne machen. Nun, die Arbeiterschaft hat das, soweit sie nicht blindlinks im Schlepptau der Arbeitsgemeinschafter segelt, bisher noch nicht gemacht. Die Berger und Genossen können wohl auf Konferenzen solche Töne reden, aber in der Praxis versuchen sie nur, „sich im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft zu bewegen."

Die Bergarbeiter müssen aus dieser demagogischen Kniffen ihre Schlüsse ziehen.

Aus Breslau

Soll das so weiter gehen?

Soll das so weiter gehen, daß die Hausfrauen jammernd vor den leeren Marktständen stehen und nicht wissen womit sie ihren Kindern den Hunger stillen können. Soll es so weiter gehen, daß die Margarine am Mittwoch mittag in der Markthalle mit 400 000 Mk verkauft wurde und daß nach Bekanntwerden des neuesten Dollarstandes auf 700 000 bis eine Million kletterte.

Sollen die Proletarierkinder elend zu Grunde gehen, weil schamloser Wucher die Milch auf 22 000 Mk. trieb. Von Stunde zu Stunde steigern sich die phantastisch-wahnsinnigen Wucherpreise. Von Stunde zu Stunde steigt aber auch die Verzweiflung und Erbitterung des gequälten arbeitenden Volkes. Was tun die Breslauer Behörden? Was tut der zu einem Drittel aus Sozialdemokraten bestehende Magistrat? Kläglich haben alle staatlichen und städtischen Organe versagt und versagen weiter.

In allen Betrieben muß zu der Hungerkatastrophe sofort Stellung genommen und von den Behörden müssen sofortige Maßnahmen verlangt werden.

Alles was an Lebensmitteln in Breslau vorhanden ist muß beschlagnahmt werden.

Zur regelrechten Verteilung dieser Waren müssen sofort die Funktionäre der organisierten Arbeiterschaft herangezogen werden. Ganz gleichgültig ist es dabei, nach welchem „Verteilungsschlüssel" zuerst abgegeben wird. Nur die sofortige Versorgung der Bevölkerung ist das dringenste Gebot. Noch sind alle Einwohner Breslaus — mit Ausnahme der wirklichen Großverdiener — im Besitz der Brotkarte. Durch Abstempelungen auf der Brotkarte kann ohne weiteres dafür gesorgt werden, daß Hamsterkäufe unmöglich sind. Auch der Preis spielt bei der herrschenden Währungskatastrophe die geringste Rolle. Es ist dafür zu sorgen, daß die Preise in Uebereinstimmung mit dem gegenwärtigen Einkommen der Arbeiterschaft sind.

Es geht selbstverständlich nicht an, Lebensmittelpreise nach dem Dollarkurs zu berechnen, wenn die Löhne ein Hundertstel des nach Dollarwährung zu Zahlenden betragen. Wie die endgültige Auffüllung der Warenlager in den Verteilungsstellen zu regeln ist, kann durch spätere Maßnahmen erledigt werden. Jetzt gilt es, den Hunger zu bekämpfen. Nicht die Waren hinter Schloß und Riegel zu lassen, sondern heraus damit! Wollen die Kleinhändler ihre Aufgabe bei der Warenverteilung auch in diesem kritischen Augenblick erfüllen, so werden sie jede Unterstützung bei der vom Hunger bedrohten werktätigen Bevölkerung finden. Wer aber jetzt versuchen will, sich auf Kosten der Notleidenden zu bereichern, muß niedergekämpft werden. Es gilt jetzt zu handeln, und zwar augenblicklich zu handeln!

Die Geduld der Massen ist erschöpft. Wir warnen in 12. Stunde!

Neufestsetzung des Wertes der Sachbezüge. Der Wert des freien Unterhalts einschließlich freier Wohnung ist mit Wirkung vom 1. August d. J. an wie folgt festgesetzt worden: Für weibliche Hausangestellte, Lehrmädchen, Lehrlinge, sonstige gering bezahlte weibliche Arbeitskräfte und für jugendliche landwirtschaftliche Arbeiter bis zum Alter von 19 Jahren auf 32 000 Mark täglich, 960 000 Mark monatlich; für männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen, Handwerksgesellen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen, auf 42 666⅔ Mark täglich, 1 280 000 Mark monatlich; für Angestellte höherer Ordnung (z. B. Aerzte, Apotheker, Inspektoren, Geschäftsführer, Lehrer, Werkmeister, Hausdamen) auf 53 333⅓ Mark täglich, 1 600 000 Mark monatlich. Der Wert der freien Wohnung einschließlich Heizung und Beleuchtung ist in den festgesetzten Beträgen mit einem Sechstel der Sätze enthalten. Sind zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (Verbänden) Tarif- oder Privatverträge abgeschlossen, nach denen höher bewertete Natural- und Sachbezüge zu leisten sind, so sind die Sätze der Verträge maßgebend.

Ein Musterbeispiel von Solidarität und Klassenbewußtsein

Die Belegschaft des Gaswerks Odervor in Breslau, welche ungefähr 130 Mann beträgt, sammelte für den Reichsausschuß der Betriebsräte 2 205 000 Mark. Ein seltenes Beispiel von Solidarität und Klassenbewußtsein.

Machts nach, Genossen.

Eine außerordentliche Stadtverordnetensitzung

findet heute nachmittag 5 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht eine Anfrage der Stadtverordneten Rasch und Genossen: Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Lebensmittelversorgung der Stadt sicherzustellen.

Aus den Parteidistrikten

Der Distrikt 7/8 hält morgen, Freitag, eine wichtige Distriktsversammlung im Lokal Michaelisstraße 66 (Giesche) ab.

Zwei Millionen Mark Belohnung setzt die Stadtverteilungsstelle für die Wiederherbeischaffung ihrer Adlerschreibmaschine, Nr. 161 739 aus, die in der Zeit vom verflossenen Sonnabend nachmittag bis Montag früh durch Einbruch aus den Diensträumen Blücherplatz 6/7, 2. Stock, gestohlen worden ist. Sind an der Wiederherbeischaffung der Maschine mehrere Personen beteiligt, so regelt die Stadtverteilungsstelle die Verteilung der Belohnung an die Beteiligten unter Ausschluß des Rechtsweges.

Polizeiliche Nachrichten

Der Polizeipräsident teilt mit:

Gestohlen wurden in den letzten Tagen:

1. Aus dem Hausflur Friedrich-Karl-Straße Nr. 4 ein elektrischer Zähler, Nr. 37 279, 1—3 Ampere.

2. Auf der Strecke Rathen, Groß-Gohlau und Schönborn bis Thauer weil über 100 Kilogramm Postleitungsdraht im Werte von über 20 Millionen. Zweckdienliche Angaben über Täter oder Hehler sind der Metalldiebstahlstelle Ursulinerstraße 28 zu melden.

3. Aus einer Fleischerei Goldene Radegasse aus einem im Hausflur stehenden Eisschrank ungefähr 1 Zentner Rindfleisch, Kalbfleisch und 20 Pfund Wurst im Werte von 14 Millionen.

4. Einem Heizer, welcher im Scheitniger Park auf einer Promenadenbank saß, eine braunlederne Aktentasche, enthaltend eine schwarzlederne Geldtasche mit 2 Millionen, ferner eine braune lederne Damenhandtasche mit 500 000 Mark und ein Ausweis auf den Namen Elfriede Hoffmann, Kospothstraße 7, Haus- und Stubentürschlüssel.

Festgenommen wurden in den letzten Tagen:

1. 2 Kutscher und 1 Schmied, welche am 1. August aus einer Mühle in Protsch, Kreis Breslau, 2 Sack Weizen gestohlen haben.

2. 1 Arbeiter, der am 31. Juli in Glatz einem dortigen Arbeiter eine Brieftasche mit 170 000 Mark gestohlen hatte.

3. 1 Kutscher und 1 Arbeiter, stehen im dringenden Verdacht, in der Nacht zum 3. August aus einem Geschäft in der Kupferschmiedestraße einen Einbruch verübt zu haben. Gestohlen wurden Herrenstoffe, im Werte von 127 Millionen Mark.

4. 1 Fleischergeselle, der dabei betroffen wurde, als er auf dem hiesigen Schlachthofe aus einer von ihm erbrochenen Kühlzelle 13½ Kilogramm Schweinefleisch entwendete. Er steht noch im Verdacht, weitere Einbruchsdiebstähle auf dem Schlachthofe ausgeführt zu haben.

An unsere Leser!

Wir müssen trotz aller Mahnungen immer noch bemängeln, daß die Abonnementsbeträge und die Gesamtabrechnungen unserer Zeitungskassierer nicht so eingehen, wie es die für die regelrechte Herausgabe der Zeitung geltenden Umstände erfordern. Wir weisen deshalb nochmals daraufhin, daß für alle Ortsgruppen, deren Abrechnung nicht bis spätestens Mittwoch jeder Woche eingegangen ist, die Bestellung der Zeitung aufgehoben wird. Unsere Genossen als Leser bitten wir, bei einer etwaigen Unterbrechung der Zustellung sofort den Kassierer zur Verantwortung zu ziehen, der allein für das Ausbleiben der Zeitung verantwortlich ist, weil er dann sicherlich seine Abrechnung nicht eingegeben hat. Die Zeitungskommissionen in den einzelnen Ortsgruppen sind strengstens angewiesen, den Kassierer auf die regelrechte und pünktliche Ablieferung der Abonnementsbeträge allwöchentlich zu kontrollieren. Ordnung in der Zustellung der Abonnementsgelder ist die Grundbedingung für die Aufrechterhaltung der Zeitung. Noch ist die Zeitung das Rückgrat der Bewegung. Die Ordnung stören heißt, unserer gesamten Parteibewegung das Rückgrat brechen.

Genossen, tut also eure Pflicht!

5. 1 früherer Wächter, der am 31. Juli einem Schneidermeister von der Seidlitzstraße eine Uhr und eine Handtasche gestohlen und diese Gegenstände auf dem Hauptbahnhofe an unbekannte Personen verkauft hat.

6. 1 Hausmädchen steht im dringenden Verdacht, ihrer Dienstherrschaft in der Münzstraße, Stoffe im Werte von 14 Millionen gestohlen und ihrem Liebhaber übergeben zu haben.

7. 1 Kutscher steht im Verdacht, in der Gerbergasse einen Einbruchsdiebstahl ausgeführt zu haben, wobei 4 Mille Zigaretten, versch. Sorten, gestohlen wurden.

In der Woche vom 29. Juli bis 4. August wurden 177 Personen in das Polizeigefängnis wegen verschiedenen Straftaten eingeliefert: 1 wegen Raubes, 19 wegen Einbruchsdiebstahls, 38 wegen einfachen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 5 wegen Betrug, 4 wegen Plünderung und 1 wegen Unterschlagung.

Die gesteigerte Kriminalität, die aus obigen Mitteilungen spricht, ist sozial bedingt und eine Folge der katastrophalen Hungersnot. Verantwortlich für die Verbrechen sind nicht die Armen, welche die Cunoregierung schuldig werden ließ, sondern die Großverdiener und Wucherer.

Das internationale Meeting auf der Schneekoppe

Zu Tausenden und Abertausenden hatten sich am Sonntag, den 5. August, die Proleten diesseits und jenseits der Grenze am Fuße der Schneekoppe zusammengefunden, um dort in einem machtvollen Meeting den eindrucksvollen Beweis internationaler Solidarität zu geben.

Vertreter des tschechischen, englischen und deutschen Proletariats sprachen, von Beifallsstürmen unterbrochen, zu den wohl 7000 Teilnehmern der Kundgebung. Sie verkündeten in allen Sprachen das gleiche Gelöbnis: international den Kampf gegen die Ausbeuter und ihre bezahlten Blutbunde, die Faszisten, zu führen, und brausender Beifall erhob sich, als ein Vertreter der tschechoslowakischen Arbeiter sagte:

„Die Uhr in Deutschland hat 11 geschlagen. Wir sind hierher gekommen, um Euch zu sagen, daß ihr den Zeiger auf 12 rücken sollt."

Der Zug, der beim Aufstieg von der Spitze der schwarzen Koppe bis zum Gipfel der Schneekoppe reichte, formierte sich aufs neue nach dem Meeting und begann den Abstieg über die Prinz-Heinrich-Baude, Teichränder, nach der Schlingelbaude, wo der Zug aufs neue geordnet wurde.

Angst und Bange wurde den in der Schlingelbaude befindlichen Schiebern und ebenso den erlauchten und vollgefressenen Aasgeiern in Krummhübel, denen die Cuno-Republik und ihr Innenminister Severing den wohlverdienten Schutz zur Verfügung gestellt hatte.

52 Schutzpolizisten mit zwei schweren M.-G. hatten den Proleten an der Brücke in Krummhübel einen regelrechten Hinterhalt gelegt. Trotzdem marschierte der Zug nach vorübergehender Störung durch Krummhübel. Unter dauernden Hochrufen auf die deutsche Räterepublik und unter den Klängen der „Internationale" defilierten die Demonstranten an der links herausgeschwenkten Kapelle vorbei.

Diese „rote Armee" machte auf die Bewohner Krummhübels und der Nachbarorte einen so gewaltigen Eindruck, daß die bürgerliche Presse spaltenlange Berichte über die „Kommunisten auf der Schneekoppe" bringt.

Wie wird aber das „erholungsbedürftige" Schieberpublikum des Riesengebirges erst das Knieschlottern bekommen, wenn es bei seinen Wanderungen an der Emmaquelle auf das von den Landeshuter Genossen gesetzte Denkmal von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stößt.

Dann werden sie wohl daran denken müssen, daß die Tage der bürgerlichen Gesellschaft gezählt sind und das internationale Proletariat aufstehen wird, um seine gemordeten Helden zu rächen und die Peiniger des Volkes zu vertreiben.

Alle die Genossen aus dem Waldenburger Revier, aus Breslau und Niederschlesien, die an der Kundgebung teilnahmen, kehrten mit neuer Kraft und Siegesbewußtsein in die Ortsgruppen zurück. Sie wissen, daß sie auf die Solidarität ihrer tschechischen Brüder bauen können, wenn zum letzten Gefecht gerufen wird.

Das Mutterherz der Tolan

Roman von Concha Espina

Copyright 1922, Verlag W. J. Mörlins, Berlin

28]

Die Briefe, die Aurora stets pünktlich und voller Eifer geschrieben hatte, gelangten nicht an ihr Ziel; ohne Zweifel wurden sie von der gleichen plumpen, neidischen Hand unterschlagen, die mehrmals anonyme Nachrichten nach Traspena sandte, die die unglückliche Liebende mit großer Unruhe erfüllen mußten.

Die ungeübte Schrift besagte, daß Gabriel in ein reizendes, ehrbares Mädchen verliebt sei, mit dem er sich sehr bald verheiraten werde, daß er niemals zu dem „schlechten Weibe" zurückkehren werde.

Aurora begriff, daß ihr Geständnis, ihr scheues Geheimnis, das sie am Ende eines Briefes niedergeschrieben hatte, in die Hände einer Rivalin gefallen sei. Seither behielt sie ihren Kummer mit furchtsamer Zurückhaltung für sich und trug mutig die heilige Bürde ihres Lebens, um derentwillen sie von denselben Leuten verachtet wurde, die sie vorher ins Verderben stürzen wollten.

Da sie niemanden Böses getan hatte, so fand sie in dem Dorfe noch ein Restchen Mitleid, durch das sie — von Tag zu Tag mühsamer — die Frucht ihrer Arbeit erntete. Als Stütze in ihrem Kampf diente ihr die gesegnete Kraft des Muttergefühls und das Vertrauen darauf, daß Gabriel sie nicht vergessen habe: sie konnte sich nicht vorstellen, daß er der Mitschuldige jener anderen Frau sei, an deren Existenz nicht zu zweifeln war, und die sie in boshafter Absicht trennen wollte.

Aber allmählich bemächtigte sich des Mädchens ein Gefühl der Verlassenheit und Einsamkeit: sie hatte oft jene Tränen in den Augen, die glänzen und zittern, ohne doch herabzufallen, und je tiefer die Trauer sie durchdrang, um so strahlender lag auf ihrer Stirn das Geheimnis...

Ihr Kind wurde geboren, ein Mädchen von der Farbe der Rosen: ein Rätselwesen, zart wie eine Blumenknospe. Und als sie das Kleinod in ihren Armen fühlte, empfand sie es wie eine Ueberraschung, eine selige Betroffenheit; sie umgab das unschuldige Kind, in dem sie das Unbegreifliche anbetete, mit wunderbarer Zartheit, sprach zu ihm trunkene Worte, die aus dem Aufruhr ihres Herzens kamen. Immer hatte sie Küsse auf den Lippen, ihre Seele strömte ihren feinsten Duft aus, und sie verging vor Ungeduld, dem Geliebten von der Süße ihres heiligen Rausches mitzuteilen.

Ihre erzwungene Zurückhaltung vergessend, schrieb sie ihm, und wenige Tage später erhielt sie einen Brief, der nur aus der einen Zeile bestand:

„Dein Balg kann krepieren, bis sein Vater kommt."

Die ungebildete, schiefe Schrift war die gleiche wie die der übrigen anonymen Briefe, aber keines der grausamen Worte, die die Krähenfüße der früheren enthielten, hatte das Mädchen so tief verwundet, wie die Brutalität dieser letzten Antwort. Sie zweifelte an Gabriel, der ihr nicht mehr schrieb, erwog die Möglichkeit eines Verrats und fühlte ihre Verlassenheit wie einen leichten Frost im Innern ihres Herzens.

In der Wunde dieses unerträglichen Schmerzes wühlte ein Gedanke: Niemals durfte das Kind sich seiner Geburt schämen, niemals in die Gefahr kommen, um der ererbten Schande willen wie seine Mutter in die schreckliche Nacht der Vergessenheit gehüllt, in der Welt verloren zu sein, ohne die Wärme eines Herdes, ohne die Krone eines geachteten Namens.

Alle Gesetze der Standesehre, die ihr als leere Konvention erschienen waren, nahmen angesichts des schutzlosen kleinen Wesens plötzlich ihr Interesse in Anspruch: die Heirat, in die sie vorher nicht gewillt hatte, würde sie jetzt fordern, würde den Engel im Arm, gehen, Gabriel zu suchen, und ihre ganze Seele in ihr Rufen legen...

Und sie lächelte in Schmerzen, von Kummer gebeugt und hungernd nach Ruhe.

In der langsam einbrechenden Dämerung eines Julitabends verließ Aurora, ihre Tochter im Arm, Traspena, wobei sie den anderen unvergeßlichen Zufluchtsort nochmals durchschritt. Sie hatte ihre armselige Habe vorausgeschickt und gedachte in Torremar zu bleiben, um, blind vor Verlangen und Unruhe, am nächsten Tage mit einem früheren Zuge in der Richtung nach Dite aufzubrechen.

Mit äußerster Anstrengung hatte sie das Geld für das Eisenbahnbillett aufgebracht, was ihr nur mit Hilfe der ihr von Gabriel gesandten Summe gelungen war, und es blieb ihr nur sehr wenig für die unvorhergesehenen Ausgaben der Reise übrig; deshalb benutzte sie die stillen Stunden der Dämmerung, um sich zu Fuß zur nächsten Bahnstation zu begeben.

Sie befindet sich schon außerhalb des Dorfes. Die Nacht bricht so langsam und so hell an, daß man es kaum gewahr wird: sie hat ihren Schleier vom blauen Rande des Himmels genommen, an dem der rosige Schein des Sonnenunterganges steht, und entzündet die Sterne, ohne daß die helle Sonnenflamme erlischt.

Aurora sieht den Horizont durch ihre Tränen zittern, und es scheint ihr, daß die feuchten, grünen Augen der Landschaft sie groß ansehen.

Unbeweglich, wie gebannt bleibt sie an der Grenze des Dorfes stehen und nimmt Abschied von allem, was ihr dort lieb gewesen ist, in dem Vorgefühl, daß sie nicht mehr zurückkehren wird. In ihrem Herzen löst sich die ganze Schönheit des Augenblicks, durchsichtig erfüllt die Urne der Erinnerungen und ruft ihr klar und deutlich die Tage der Kindheit, der heißen Liebe, der Trennung und Sehnsucht zurück. Es ist, als hätte die Zeit ihre schweigsame Sense über diesen Weg geführt und alle die Stunden zusammengemäht, die diese Frau in den Bergen durchwandert hat.

Dort in der Tiefe kehrte das Meer in sein Klippenversteck zurück, brandete und schrie wie eine Stimme, die aus weiter Ferne nach dem Mädchen riefe, und die salzige Luft, die die Bitterkeit des Wassers in sich trägt, drückt ihr eine lange, brennende Liebkosung auf die Lippen, wie einen Kuß.

Verzweifelt nimmt sie sie hin und erinnert sich, daß sie am anderen Ufer dieser Wasser diese Träume von einem freien, fruchtbringenden Leben gesponnen hat, das den Ausblick auf ferne Zeiten der Gerechtigkeit und Erlösung öffnete. Und nach Kampf und Marter hat sie nichts erreicht, als daß sich dem allgemeinen Leiden ein neuer Herzschlag zugesellt, der der Tropfen des wimmernden menschlichen Werdens erneuert ist.

„Mein armes Kind!" murmelte sie mit unsagbarer Trauer. Sehnsüchtig sah sie ihm in die Augen, die rein waren wie das Firmament, und wiegte es mit einem Strom wirrer Worte ein, mit denen sie um Verzeihung bat, es zur Welt gebracht zu haben.

Sie nahm ihren Weg wieder auf und rief sich mit Deutlichkeit das Bild eines armen kleinen Mädchens ins Gedächtnis, das sie, von Gendarmen geführt, an einem Morgen mit einem Trupp Zigeuner getroffen hatte.

„Sie wird ausgewiesen, weil sie bettelt", sagte man ihr, als sie Mitleid mit der umherirrenden Kleinen zeigte, die alles mit unschuldigem Gesicht betrachtete und nichts anderes verbrochen hatte, als schutzlos geboren worden zu sein.

Und das Mädchen schaudert im Gedanken, daß ihr kleines Mädchen auch auf den Landstraßen umherirren und als Verbrecherin behandelt werden könnte, wenn die Gesellschaft ihr keine Rechte einräumte, um sie zu schützen: sie braucht eine Stellung, einen Namen, einen Anteil an den irdischen Gütern. Um das zu erreichen, genügt weder die Unschuld des Kindes noch die schmerzvolle Liebe der Mutter. Wohl weiß es Aurora, die in einer Umgebung erhabener Verwirrung das kleine Wesen in ihren Armen hochhebt, als wolle sie es an die Schwelle des Himmels legen... Und im gleichen Augenblick fällt das schwache Leben auf das Herz der Mutter zurück, die schluchzend, mit trüber Miene, weitergeht.

Schon zünden die Leuchtkäfer ihre gelben Laternen an; unter der beweglichen Decke des Laubes erstickt das sanfte, leise Zwitschern der Vögel, die sich versteckt haben. Ueber jedem Nest regt sich die Bewegung von einem Paar mütterlicher Flügel.

Drei Fußwege vereinigen sich: der hügelige steigt zum Bergwerk hinauf und führt dann am Abhang entlang nach Torremar: das ist Auroras Weg.

(Fortsetzung folgt.)

Was geht in den Strafanstalten vor?

Ein Notschrei aus dem Zuchthaus Groß-Strehlitz

In vielen Strafanstalten sind in letzter Zeit „Tumulte, Revolten, Aufruhr, Meutereien", gewesen. Wenigstens berichtete so die offizielle Augenpresse, weil sie von den Strafvollzugsbehörden entsprechend instruiert worden ist. In der Tat aber haben die Gefangenen lediglich passive Resistenz geübt, d. h. den Arbeitsstreik geübt, als Protest gegen die schlechte Verpflegung, den kaum zu nennenden „Arbeitsverdienst", gegen schlechte Behandlung und Vernachlässigung jeder geistigen Pflege.

Zynische Behandlung der Forderungen der Sträflinge und Provokationen von seiten der leitenden Beamtenschaft in Verbindung mit der Schupo mußten dann wenigstens den Schein von „Unbotsmäßigkeiten der Gefangenschaft" ergeben, um so diese Sklaven zur Raison, d. h. zum Weiterfrohnen von Staatswegen, zum Nutzen der Privatunternehmer, die das alleinige Ausbeutungsmonopol in den Strafanstalten haben, zu zwingen.

Die Oeffentlichkeit wurde gegen die Verbrecher im Zuchthaus scharf gemacht, damit die Klassensolidarität der freien Arbeiter mit diesen Sklaven der kapitalistischen Staatsordnung verschwinden solle.

So bilden die Strafgefangenen weiter die Lohndrücker und erzwungenen Streikbrecher in Industrie und Landwirtschaft. (Gutskommandos für die notleidenden feudalen Herrschaften.)

In die Strafanstalt Groß-Strehlitz sind nun aus verschiedenen andern Zuchthäusern die „aufrüchigsten Elemente", die Streik- und Rädelsführer usw. gebracht worden, so von Brieg, Görlitz, Striegau, Brandenburg a. Havel und anderen Orten. Viele von ihnen sollen noch unter Anklage gestellt werden, z. B. diejenigen von Striegau, wegen „Meuterei", weil sie den Versuch machten, gemeinsam einen Hungerstreik durchzuführen. Es geht bald nichts mehr über die Anmaßung der Justizherren. Die Herren haben ja viel Zeit, um solche Untersuchungen jahrelang durchzuführen. Die roten Verbrecher müssen möglichst doppelt langen Knast bekommen, damit die Schieber und ihr „ehrlich erworbenes Eigentum" um so mehr geschützt sind.

Das Zuchthaus in Groß-Strehlitz ist eine ganz besondere Anstalt.

Es gibt nur Einzelhaft.

Trotzdem es gesetzwidrig ist, Strafgefangene, die geistig minderwertig sind, so einzusperren oder überhaupt länger als drei Jahre in Einzelhaft zu behalten, schert sich die Strafvollzugsbehörde überhaupt nicht daran. Es handelt sich ja ausschließlich um arme Proletarier, die kein Recht, kein Vermögen und keine großen Gönner haben, die für sie eintreten. In der Strafanstalt sollen sie kuriert, d. h. **seelisch und körperlich mürbe gemacht werden**, bis sie gänzlich degeneriert sind. Man erließ ein strenges Sprechverbot, trotzdem laut Vorschriften das Sprechen der Gefangenen untereinander gestattet ist. Auch sollten die Gefangenen große Blechnummern auf der Brust tragen usw. Obendrein richtete man drei Klassen ein. Nur die Gefangenen der 1., manchmal auch der 2. Klasse, erhalten „Vergünstigungen", wie Schreiben, Lesen usw. Das Aufrücken in eine obere Klasse ist grundsätzlich nur bei Ueberarbeit (für die Privatunternehmer natürlich) möglich. So will man willige Sklaven, Schmarotzer und Kriecher großzüchten. So stellt man sich die Erziehung der in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung Gescheiterten vor. Natürlich lehnen sich die Gefangenen gegen diese Schikanen und Degradierungen auf. Wer die Arbeit verweigert, kommt in den Arrest.

Gegenwärtig ist fast die halbe Anstalt von Groß-Strehlitz im Arrest. Alles ist auf Provokation angelegt. Einzelne schwachsinnige Gefangene lassen sich somit auch leicht reizen und schnell ist etwas entzwei geschlagen. Das hat dann eine Bestrafung durch die Oberbeamten zur Folge. Der Direktor in Groß-Strehlitz bekennt auch ganz offen diese Tendenzen. Er empfindet eine hämische Freude, wenn Unruhen entstehen. Der neue Strafvollzug hat auch neue „Erziehungsmethoden" mit sich gebracht.

In Breslau ist der frühere Ministerialdirektor Humann zum Strafvollzugsdirektor ernannt worden. Zugegeben muß werden, daß die Mehrzahl der unteren Zuchthausbeamten die Gefangenen anständig und wie gleichwertige Menschen behandelt. Von dem Direktor Dr. Adamiecz und dem Arbeits-Inspektor Riedel müssen sich diese unteren Beamten anschnauzen lassen, weil sie die Gefangenen zu menschlich behandeln. Wahrscheinlich sollen sie wie billige Polizeihunde gegen uns vorgehen. Ein Hilfsbeamter, um nicht arbeitslos zu werden oder eine Geldstrafe zu erhalten, muß sich den „Anordnungen" des Direktors fügen. Letzterer behandelt die Gefangenen wie Hausknechte. Hat ein ihm unliebsamer Gefangener ein Anliegen an ihn, so wirft er ihn brutal und höhnisch aus seinem Büro. Umsomehr ist sein Verhalten zu verwundern, da er doch katholischer Priester gewesen ist, also christliche Nächstenliebe berufsmäßig gepredigt hat. Sein Benehmen wehrlosen Gefangenen gegenüber steht in krassem Gegensatz dazu. Der Arbeits-Inspektor Riedel versucht durch sein Betragen den Unterbeamten gegenüber und den rechtlosen Gefangenen seine Beschränktheit zu verdecken. Das sind „Erzieher". In ihrer Hand liegt das Wohl und Wehe von 500 geknechteten Proleten.

Durch Gefangenenkitzel wird Unruhe verbreitet, werden die Gefangenen aufgebracht und ausgehorcht. Die systematischen Reizmittel und Ungerechtigkeiten tun das weitere. Die Sipo wird dauernd bereit gehalten. Und dabei ist alles ruhig, nur wird teilweise passive Resistenz geübt gegen die Privatarbeit. Ein Tumult ist ganz ausgeschlossen, da alle Gefangenen einzeln eingeschlossen sind. Die Herren möchten gern zeigen, was sie können. So hat man in Görlitz, Brandenburg a. H. und Zelle ohne Gründe in die Isolierzellen hineingeschossen.

Es sind außer den politischen Gefangenen, die man besonders haßt, auch viele aufgeklärte Arbeiter ins Zuchthaus gekommen. Jede Gelegenheit muß herhalten, um die als Kommunisten verdächtigen Elemente irgendwie aus dem Wege zu räumen.

Die Gefangenen in Groß-Strehlitz kümmern sich nicht um das Sprechverbot und hängen sich keine Blechmarken auf die Brust. Die Direktion müßte sich damit abfinden. Ja, sie mußte sogar den Haar- und Bartwuchs gestatten. Gegen die Klasseneinteilung macht sich stärkste Opposition bemerkbar, ebenso gegen die Privatarbeit und die Gutsarbeit. Darüber herrscht eine große Wut, und es wird nichts unterlassen, um die Gefangenen niederzuknüppeln. Bisher ist das an der eigenen Disziplin der Gefangenen gescheitert. **Aber wenn es in nächster Zeit zu Zusammenstößen kommen sollte, dann fällt die alleinige Schuld auf die Anstaltsleitung und auf die Strafvollzugsbehörden.**

Was im Zuchthaus Groß-Strehlitz vor sich geht, muß die Oeffentlichkeit und vor allem die Arbeiterschaft ganz besonders interessieren.

Ein Gefangener
im Zuchthaus Groß-Strehlitz.

Aus der Provinz

Fellhammer

Achtung Zeitungsleser! Alle Zeitungsleser werden ersucht um sofortige Bezahlung rückständiger Zeitungsgelder, andernfalls die Belieferung der Zeitung eingestellt werden muß. Jeder Leser muß bis spätestens Montag seine Zeitung bezahlt haben. — Am Donnerstag, den 9. August, nachmittags 5 Uhr, findet im Gerichtskretscham eine öffentliche Volksversammlung statt. Sorgt für zahlreichen Besuch. Thema: „Am Sterbelager eines werktätigen Volkes."

Die Ortsleitung.

Weißstein—Neu-Salzbrunn.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne Weißstein hielt am Sonntag, den 5. August, in der evangelischen Schule zu Neu-Salzbrunn ihre zweite Prüfung der Kursusteilnehmer unter Leitung des Herrn Sanitätsrat Dr. Kemmler und Herrn Dr. Penndorf, Waldenburg, ab. Alle Kursusteilnehmer haben ihre Prüfung mit „Gut" bestanden. Ein Zeichen aufopferungsfreudiger Tätigkeit, ein Zeichen der Nächstenliebe. Jeder Mensch müßte mit Stolz auf das von der Arbeiterschaft gebildete Sanitätskorps herabblicken. Ein halbes Jahr unermüdeter Tätigkeit ist verstrichen, wo alle Mitmenschen sich der schönen Natur erfreuten, so mußten unsere Kursusteilnehmer ihre Zeit opfern, um sich die zur Aktivität vorgeschriebenen Kenntnisse zu verschaffen. Ebenfalls danken wir Herrn Sanitätsrat Dr. Kemmler sowie Herrn Dr. Penndorf und unserem Vorsitzenden, Genossen Pähold, für ihre Bemühungen, welche sie sich aus Liebe zur Sache unterzogen haben.

Allen aktiven Mannschaften hiermit zur Kenntnis, daß am 12. August, 9 Uhr vormittags, die Bezirksübung in Zentnerbrunn stattfindet; Abfahrt Dittersbach 5,06 Uhr. Wer die elektrische Bahn benutzen will, muß Punkt 4 Uhr bei Station Hochwald-Weißstein sein. Armbinde und Ausweis mitbringen, sowie sämtliche in den Händen der Mitglieder befindlichen Apotheken; Uebungsbinden müssen bis Freitag in den Händen des Vorsitzenden zur Abstempelung vorgelegt sein.

Waltersdorf

Agrarischer Aasgeier. Am Spitzberge bei Königswalde im sog. Kalten Fluß wohnt ein reicher größerer Landwirt, namens Geyer. (Im wahren Sinne des Worts „Geyer".) Dieser noble Herr hat an eine arme Proletarierfamilie Wiesenränder zum Abgrasen verpachtet. Der reiche profitsüchtige Landwirt Geyer wurde von dieser armen Familie gebeten, das Heu von den gepachteten Rändern abzufahren, was der Geyer auch bewilligte. Diese Arbeit dauerte knapp 2¼ Stunde. Für diese Bemühung verlangte dieser habsüchtige Agrarier 750 000 Mark. Als Gegenstück für diesen Ausbeuter zeigte sich ein anderer kleiner Landwirt mit Namen Hübner, welcher für einen kleinen Besitzer, der durch Brandschaden um sein Hab und Gut gekommen war, in erkenntlicher, nachahmungswürdiger Weise. Er fuhr für diesen armen Mann einen ganzen Tag Holzstämme aus dem Walde mit 3 Stück Vieh und war noch selbst mit seinem Sohne dabei tätig. Für diese schwere Arbeit verlangte er 120 000 Mark. Also kann man hierdurch sehen, wie die Agrarier auf jede Weise die Arbeiterschaft ausbeuten. Es wird Zeit, daß das Proletariat mit dem Gaunertum abrechnet.

Liebau

Die Republik in Gefahr! Ein arger Reaktionär ist der Bürgermeister Schmitz hierorts. Als die Klebekolonne gerade feste Plakate klebte, kam Herr Schmitz und drohte den Genossen mit Bestrafung.

Diese ließen sich natürlich nicht stören und Genosse Jüptner trieb Herrn Schmitz durch ein Zwiegespräch derart in die Enge, daß der löbliche Bürgermeister in Ehren den Rückzug antrat.

Sonntags marschierte ein Trupp Sportler singend zum Sportplatz. Herr Schmitz ergreift sofort die Gelegenheit, sich als Retter der Republik zu zeigen und verbietet unter Androhung schärfster Strafen, das geschlossene Marschieren. Die Sportler, um Aufsehen zu vermeiden, gehorchten und begaben sich einzeln zum Sportplatz.

Nun ereignete es sich, als ein Schömberger Spießer die Werbeplakate der KPD. studierte, daß ein Herr dazu kam, sich als Bürgermeister vorstellte, und mit den Worten **„Wenn Sie sich erschießen lassen wollen, so gehen Sie nach Waldenburg!"**, die Plakate abriß und davoneilte. Ein Genosse, der auf die Plakate zu achten hatte, ließ sich den Hergang von dem verblüfften Schömberger berichten. Die Personenbeschreibung stimmte. Der Liebauer Arbeiterschaft bleibt es vorbehalten, zum Kriegervereinsschießen am 11. August auf das Verbot zu pochen und zur nächsten Bürgermeisterwahl Arbeitervertreter zu wählen und nicht Arbeiterzertreter.

Dittersbach

Aus der Partei. Der Marxistische Bildungszirkel nimmt nun nach der kurzen Unterbrechung seine Tätigkeit wieder auf.

Sonntag vormittag 9 Uhr wird pünktlich in der Schule Amtshausstraße begonnen. Mitglieder, die bis jetzt noch nicht teilgenommen haben, können auch dazu erscheinen.

Auf vielfache Anfragen teilen wir ferner mit, daß bei dem Genossen Krautwald noch Sowjetsterne und Liederbücher zu haben sind. Ferner werden diejenigen Genossen, die noch nicht die Kampffondsmarken abgerechnet haben, ersucht, dies sofort zu tun.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Artur Dombrowski, für den Inseratenteil: Max Schocher, Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Versammlungs-Kalender.

(Jede Zeile unter dieser Überschrift kostet 500 Mark.)

KPD Bezirksleitung: Büro: Karl Barsch, Breslau, Trebnitzerstr. 30. Tel. Ring 8837. Abrufe: Max Geisler, Breslau, Trebnitzerstr. 30.

Alle Obleute und Kassierer der Ortsgruppen müssen in jeder Versammlung unsere Literatur anfragen und bei Bedarf anfordern. Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, tun dies unverzüglich in der nächsten Mitgliederversammlung. Die genaue Adresse ist sofort der Produktiv-Genossenschaft Buchhandlung, Breslau, Nikolaistr. 49/50, mitzuteilen. Broschüren, Karten und Merkblätter für unsere Bezirks-Buchhandlung. Die Partei hat ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen und schöngeistigen Schriften unterhalten.

Breslau. Donnerstag, den 9. August, abends 7 Uhr, im Versammlungslokal Nikolaistr. 49/50: Wichtige Sitzung der Ortsleitung, sämtliche Funktionäre und Parteiversammlungen. Referent anwesend.

— Bezirk 2. Freitag, den 10. August, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung, Odermstraße 29, bei Kleinzelt. Referent anwesend. Jeder Genosse muß erscheinen.

— Bezirk 5. Freitag, den 10. August, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung, bei Herrn A. Brade, Schiffe, Matthiasstraße 80. Alle Genossen müssen restlos erscheinen. Sympathisierende sind mitzubringen.

— Freitag, den 10. August, abends 8 Uhr, im Schießwerder, Versammlung des kommunistischen Männerchors. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

— Bezirk 7 und 8. Freitag, den 10. August, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung, Kirchenstraße 6 (Gastwirt Kunze). Jeder Genosse und Gesinnungsfreund muß erscheinen. Referent anwesend.

— Bezirk 9. Donnerstag, den 9. August, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung, Außerdorfstraße 21. Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Der Faschismus und die Aufgaben für die Arbeiterklasse, und was ist eine Revolutionäre?" Referent anwesend. Erscheinen muß jeder Genosse, da bei der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt erforderlich. Sympathisierende mitbringen.

— Bezirk 13. Freitag, den 10. August, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung, Zedlitzstraße 26. Tagesordnung: „Arbeiter und Bauern oder Koalitionsregierung?" Referent anwesend.

Bunzlau. Am Sonntag, den 12. August, nachmittags 3 Uhr, im Grünen Kranz, wichtige Funktionärkonferenz, zu der jeder Partei- und Gewerkschaftsfunktionär, die Vertrauensleute der Betriebe und Stadtteilen erscheinen müssen. Jeder muß zur Stelle sein.

Eisenberg (Kreis Bunzlau). Sonntag, den 12. August, vormittags 11 Uhr, findet in Neudorf Kreisversammlung statt. Erscheinen müssen die Genossen vom Kreise Bunzlau, Lauban, Lüchow, Kaiser Kreisleitung bringt einen Vortrag. Tagesordnung: 1. Vortrag: Kommunalpolitik. 2. Organisatorisches nebst Kassenbericht. 3. Verschiedenes.

Fellhammer. Sonnabend, den 11. August, abends 8 Uhr, findet im Michaelis Gasthaus, Ober-Peterswaldau, unsere Mitgliederversammlung statt. Jeder Genosse, welcher die Funktionärkarte, haben zu erscheinen. Mitgliedsbücher mitbringen.

Jerichau. Sonnabend, den 11. August, abends 7 Uhr, Oeffentliche Mitglieder-Versammlung, bei Genossen Mauel, Gasthof zur „Hofmühle", Hauptstraße 17. Die Jugend, sowie sämtliche Mitglieder müssen erscheinen. Zeitungsleser, Sympathisierende sind herzlich willkommen.

Kätzerbart. Freitag, den 10. August, nachmittags 6 Uhr, findet im Lokal des Herrn Pohlitzel, Gasthaus Grund, eine Mitgliederversammlung der KPD., statt. Vollzähliges Erscheinen bittet der Kassierer.

Trebnitz. Sonnabend, den 11. August, abends 8 Uhr im Konzerthaus (Scholz) große öffentliche Volksversammlung. Arbeiter erscheint in Massen. Referent anwesend.

Waldenburg. Sonnabend, den 11. August, abends 7 Uhr, im „Goldenen Stern", Gottesbergstraße, Oeffentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Gewerkschaftsvorlage der KPD. zur Schlichtungsordnung. Referent anwesend. Alle Genossen, Genossinnen, Zeitungsleser und Sympathisierende, ebenso die Jugendgenossen, haben zu erscheinen.

Striegauerdorf. Freitag, den 10. August, im Anker in Bärgersdorf, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Bestimmtes und pünktliches Erscheinen ist revolutionäre Pflicht. Referent ist anwesend.

KJD Bezirksleitung: Rich. Wonden, Breslau, Nikolaistraße 49/50. Postscheck-Konto: Breslau 6595 Max Glaser.

Breslau. Freitag, den 10. August, abends 7,30 Uhr, im Garten des „Schießwerder" Allgemeine Mitgliederversammlung. Alles muß erscheinen. Ortsleitungsmitglieder erscheinen eine halbe Stunde früher.

Freiburg. Donnerstag, den 16. August, abends 7 Uhr, spricht über „Weltrevolution". Es ist unbedingt notwendig, daß der Jugendgenossen zu erscheinen.

Hindenburg OS. Am Freitag, den 10. August, abends 7 Uhr, wichtige Besprechung aller Funktionäre sowie Vertrauensmänner der KJ. im Garten von Morgalla, Hohenzollerstr. 10.

Lieber-Jerusalem. Mittwoch, den 15. 8. Heimabend in der „Friedenshoffnung". Jungarbeiterkleidung.

Schönberg. Freitag, den 10. 8. Wichtige Funktionärsitzung. Genosse Lehrke nimmt an der K. S. P. teil. Donnerstag, den 16. 8. Diskussion über „Die politische Lage".

Striegau. Montag, den 13. 8. Arbeitsgemeinschaft über die Entwicklung der Weltwirtschaft. Leiter Genosse Lehrke, Waldenburg. Erscheinen der Genossen in Wilhelm. Dienstag, den 14. 8. Karnevalsfest. Donnerstag, den 15. 8. letzte Probe zur veränderten Zeit in Hohenfriedeberg.

Waldenburg. Mittwoch, den 15. 8. Heimabend. Vortrag des Genossen Lehrke über „Unser Jugendkampfspiel für den Bergbau."

Unterbezirk Waldenburg. Infolge Erkrankung des Büros der K. J. D. gehen von nun an alle Briefe und Korrespondenzen nicht mehr an Schmidt, Kirchstr. 20, sondern für Ernst: Lehrke, Waldenburg, Moltkestr. 24 (Parteihaus der K. P. D.).

Ortsgruppen Schmiedeberg, Hirschberg, Bunzlau, Friedeberg müssen sofort die Adressen ihrer Jugendlichen an die Unterbezirksleitung Waldenburg senden.

Agitprop-Ensemble Waldenburg wieder aufgelebt. Kein. Die Proben zum Werbeabend finden jeden Dienstag und Donnerstag um 9½ Uhr abends im „Theater" statt.

Gewerkschaften

Achtung! Steinarbeiter! Da Mittwoch Schwemdorfer Bruchen ausfallen, ist die Versammlung erst Sonnabend, den 11. August, abends 7,30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10.

Achtung! Gesamtarbeiter! Jeder Kollege nach dem 1. und 15. jeden Monats zahlt der Zahlstelle der ausgeschlossenen Gemeindearbeiter statt. Der nächste Zahlabend ist am 20. August im Zahlstellenlokal, Breslau, Große 49/50.

Waldenburg. Achtung! Freitags-Jahrstunde des Jungarbeiter-Verbandes. Sonntag, den 12. August, vormittags 9 Uhr, im Altvater im „Goldenen Stern", Begrüßungsrede-Sitzung. Pflicht ist unserer Gewerkschaftsjugend, zu erscheinen oder daher Gastkarten zu senden. Jugendausweis Marken mitbringen, damit Ordnung geschaffen wird.

KKG Kommunistische Kinder-Gruppe. Bezirksleitung: Breslau, Nikolaistraße 49/50.

Waldenburg. Mittwoch, den 15. 8., nachmittags 3 Uhr, Heimnachmittag in der Realschule. Donnerstag, den 16. 8. Ausflug nach Fürstenstein. Treffpunkt 8 Uhr morgens am Bierhausen. Alle Kindergenossen müssen erscheinen.

Freiburg. Sonntag, den 12. August, Ausflug. Treffpunkt Bäcker-Brücke 2 Uhr nachmittags. Arbeiter-Eltern, sendet bestimmt eure Kinder.

Schauspielhaus. Operettenbühne. Telefon R. 2545. Heute und täglich 7½ Uhr: Gastspiel Edith Karin Katja, die Tänzerin. Sonnt. nachm. 3½ Uhr Die Bajadere

Zeltgarten Einziges Sommer-Varieté. Täglich 8 Uhr vollständig neues Weltstadt-Programm.

Achtung Genossen!

Sonntag, den 12. August 1923

1. Sommer-Vergnügen

des Arbeit.-Radf.-Verein Peisterwitz

Festfolge:

Sonntag vormittags 10 Uhr, Beginn der Fuchsjagd in der Umgegend von Peisterwitz (wozu sich besonders jeder Freund d. Radsports beteilig. möchte) Nachmittag, Preisschießen, Verlosung Im Vereinslokal, Reigenfahren verbunden mit Tanz.

Um rege Beteiligung bittet mit solidarischem „Frisch auf"
Arb.-Radf.-Verein Peisterwitz.
Der Festausschuß.

Schokoladen - Bonbons
Waffeln / Keks / Eisböden
nur für Wiederverkäufer
Waller&Co. Nikolaistr. 54/55
Nähe Königsplatz. Tel. Ohle 473

Breslauer Konzerthaus
Gartenstraße. Täglich 8 Uhr
Die große Zauberschau DIREKTOR KASSNER
Eine Schau seltsamer Wunder in noch nie dagewesener Vollendung.
Sonntags: 2 Vorstellungen 3½ u. 8 Uhr.
Vorverkauf bei J. Hainauer, Schweidnitzer Straße und täglich von 11—1 Uhr im Konzerthause.

Auf Grund des § 48 Ziffer 2 der Mehl- und Brotordnung für den Stadtkreis Breslau vom 12. August 1921 (Beilage zu Nr. 36 des Breslauer Gemeindebl.) ordnen wir folgendes an:

Von den für die Zeit vom 6. bis 19. August 1923 bestimmten Brotmarken dürfen
die Brotmarken Nr. 19 nur in der Woche vom 6. bis 12. August 1923
u. die Brotmarken Nr. 20 nur in der Woche vom 13. bis 19. August 1923
benutzt und mit Ware beliefert werden.

Der Magistrat — Stadtverteilungsstelle.

Ein guter, äußerst scharfer und aufmerksamer **Wachhund** ist sofort zu verkaufen. Kaufgesuche an Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien Breslau, Trebnitzer Str. 50

Kaufe sämtliche **Futterreste** und zahle die höchsten Preise
Tuchhaus G. Herzberg
Gräbschener Str. 19—21

Hingerichtet sind die Augen aller auf die Schlesische Rohstoffverwertung Inhaber Alfr. Ziehn Bresl. 10, Bergmannstr. 7, Tel. Ohle 5185, welche d. höchst. Preise für Eisen, Metalle, Lumpen, Papier und Schneiderabfäll zahlt Überzeugung macht wahr.

Karl Kionka
Leder-Handlung
Matthiasstrasse 80
Spezialität:
Gummisohlen, Gummiabsätze.

Gebrauchte Herr.-Garderobe Militärsachen kauft M. Tobias, Altbüßerstraße 40.

Damen-Kleider auf Wunsch Zahlungs-Erleichterg. Lohestraße 15.

Glas Porzellan Steingut Emaille Hausbedarf Matthias-Str. 4 Inh.: Margaretha Schyra.